



Report 2004/2005

Bericht über Politik und Aktivitäten des Bundesverbandes der Europa-Union Deutschland

www.europa-union.de

Vorgelegt zum Bundeskongress in Potsdam
durch das Generalsekretariat

Jean-Monnet-Haus
Bundesallee 22
10717 Berlin

Berlin, 25. November 2005

Inhalt:

1	Vorwort	2
2	Europapolitik	3
3	Organisation	4
3.1	Gremien.....	4
3.2	Bundesarbeitsgemeinschaften	6
3.3	Parlamentarische Arbeit.....	7
3.4	Öffentlichkeits- und Medienarbeit.....	8
3.5	Generalsekretariat und Service.....	10
3.6	Jugend/JEF	11
3.7	International.....	11
3.8	Netzwerk Europäische Bewegung	12
4	Aktivitäten & Projekte CIFE, Bosch Stiftung u.a.	12
4.1	Internationale Projekte	12
4.2	Seminare und Aktionen	14
4.3	Parlamentarisches Forum Europäische Verfassung.....	22
4.4	Bildungsprogramm in Kooperation mit der Bosch Stiftung: In Europa für Europa.....	24
4.5	Europa-Informationen & Publikationen	26
4.6	Internetnetzwerk.....	26

Die Entwicklung ist rasant. Kein Jahr vergeht ohne entscheidende Veränderungen im europäischen Integrationsprozess. 2004 war ein sehr erfolgreiches Jahr für die Ziele der Europa-Union: eine historische **Erweiterung** der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa und die erfolgreiche Einigung über den Europäischen **Verfassungsvertrag**. 2005 allerdings geht leider als **Krisenjahr für Europa** in die Geschichte ein. Ratlosigkeit, wie es mit Europa weiter gehen soll macht sich erstmalig auch unter den so genannten Eliten breit. Die Europa-Union braucht aber nicht lange nach Antworten suchen. Ohne zu sagen, dass sie es schon immer besser gewusst habe, kann sie auf ihre langjährigen und vielfältigen Forderungen nach und Initiativen für mehr Demokratie, Transparenz und Bürgernähe in Europa hinweisen. Mitglieder der Europa-Union fürchten sich nicht per se vor Erweiterung und Vertiefung. Sie sind informiert und wissen, dass sich die Lösung der globalen und lokalen Probleme nicht mit einem geschwächten Europa realisieren lassen. Die Herausforderung für Mitglieder und Verbandsvertreter der Europa-Union besteht vor allem in der Vermittlung dieser Einsichten an die Öffentlichkeit und neue Zielgruppen. Hier kann und soll sich die Europa-Union weiter verbessern.

Der vorliegende **Europa-Union Deutschland Report 2004/2005** berichtet über die Europapolitik, die Organisation und die vielfältigen Projekte des Bundesverbandes. In einem zweiten Teil werden die Aktivitäten der Landesverbände dargestellt.

Keine Handlungsfähigkeit ohne Organisation. Auch die Nichtregierungsorganisation Europa-Union sieht sich mit der Frage konfrontiert, wie Mitgliederschwund und Kürzungen im Bereich der öffentlichen Förderung aufzuhalten sind. Die Ausgangspositionen für die Europa-Union waren noch vor einigen Jahren denkbar schlecht. Trotz der Herausforderungen hat sich die Europa-Union organisatorisch und finanziell konsolidiert. Nach langen schwierigen Jahren ist sie ein gänzlich gesunder Verein. Die Europa-Union ist inhaltlich und in Fragen der Kommunikation große Schritte weiter gekommen. Zu nennen ist der erfolgreiche Ersatz für die verloren gegangene Europäische Zeitung durch die beliebte Mitgliederzeitschrift **Europa Aktiv**. Sehr spät aber dann doch mit großem Erfolg ist im vergangenen Jahr die Internetpräsenz **www.europa-union.de** gestartet. Die Kommunikation nach innen und außen ist durch diese sich gegenseitig ergänzenden Publikationen erheblich verbessert worden. Trotz des bedauerlichen Ausfalls der bayerischen Beitragszahlungen hat sich der Bundesverband mit großer Hilfe der europa- und bundestreuen Landesverbände wieder auf seine Kernaufgaben, die inhaltliche Arbeit, den Service für die Mitglieder und Untergliederungen sowie die Kommunikation konzentrieren können.

Auch die Zusammenarbeit mit dem **Netzwerk Europäische Bewegung** und seinen Mitgliedsorganisationen hat sich positiv entwickelt. Die Berliner Bürogemeinschaft ist im August 2005 vollzogen worden. Verbesserungsfähig ist noch die Zusammenarbeit mit dem europäischen Dachverband **Union Europäischer Föderalisten** (UEF). Die Europa-Union kann und sollte sich weiter internationalisieren.

Die Europa-Union muss sich weiter den inhaltlichen und organisatorischen **Herausforderungen** stellen. Konsequenter hat das Präsidium die selbstkritischen Überlegungen der Arbeitsgruppe „Strategie“ als Diskussionsgrundlage an den Bundeskongress weiter geleitet. Die Herausforderungen, die im Papier genannt werden, sind nur zu unterstreichen. Die handelnden Gremien und Gliederungen werden sie meistern, wenn die Aufgabenteilung und die Zusammenarbeit im Präsidium, zwischen den Organen und zwischen den Ebenen verbessert wird. Die Europa-Union ist reif für eine neue Diskussionskultur im Dienste der europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Allen ehrenamtlichen Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus Europa-Union und JEF gilt großer Dank und Anerkennung. **Ohne die Basis der Europa-Union hätte in Deutschland Europa keine Basis.**

Bernd Hüttemann
Generalsekretär

Birgit Kößling
Bundesgeschäftsführerin

Christof Müller
Referent

2 Europapolitik

Die **Nichtregierungsorganisation Europa-Union Deutschland** hat auch im Berichtszeitraum 2004/2005 zu einem besseren Verständnis zwischen Europapolitik und Öffentlichkeit beigetragen, die Bürgerinnen und Bürger in die Debatte um die Zukunft Europas einbezogen. Sie hat die europapolitischen Entwicklungen kritisch-konstruktiv zu begleiten und Einfluss bei den politischen Entscheidungsträgern im Sinne der föderalistischen Ziele der Europa-Union geltend gemacht. Die Arbeit war geprägt von dem Bemühen, zum einen brauchbare Politikkonzepte für die Zukunft Europas in Richtung eines europäischen Bundesstaates zu entwickeln und einzufordern, zum anderen die Mittlerrolle zwischen Europapolitik und Öffentlichkeit verstärkt wahrzunehmen, um einen breiten öffentlichen Diskussionsprozess über die künftige Gestalt und Richtung des gemeinsamen Europa in Gang zu bringen.

Die Europa-Union setzte 2004/2005 wichtige europapolitische Schwerpunkte. Neben der Erweiterung, der Verfassung standen vor allem Bildungsthemen und die deutsche Europapolitik im Mittelpunkt der Betrachtungen. Verstärkt hat die Europa-Union ihre Kommunikationsarbeit im Bereich von sogenannten **Bürgerthemen**. Europapolitik ist Innenpolitik. Themen wie Roaming bei der grenzüberschreitendem Handynutzung oder die tatsächliche für Deutschland positive Nettobilanz der europäischen Integration sind in die Diskussion gekommen. Europa-Union Deutschland und das Netzwerk Europäische Bewegung beleuchten mit externer Unterstützung aus Wirtschaft und Wissenschaft in einer Studie das vitale Interesse Deutschlands an seiner EU-Mitgliedschaft. Der Beitrag des EU-Vizekommissars Günter Verheugen zum diesjährigen Bundeskongress in Potsdam unter dem Titel „Europa? Europa!“ wird auch diesem Thema widmen.

Die Europa-Union Deutschland hat sich stets für die **Erweiterung der Europäischen Union** eingesetzt und die Wiedervereinigung des Kontinents 2004 entsprechend begrüßt. Gleichzeitig stellt sich die Europa-Union der kritischen Diskussion über künftige Erweiterungsinitiativen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) "Die Grenzen Europas" hat ein Grundlagenpapier erarbeitet, das bereits in den Gremien und an der Basis für lebendige Diskussionen gesorgt hat und dem Bundeskongress 2005 zur abschließenden Diskussion vorgelegt wird. Die inhaltliche Diskussion wird von der Europa-Union durch konkrete Maßnahmen begleitet. Erfolgreiche gesamteuropäische Projekte sind die seit fünf Jahren laufende Aktion „Wege nach Europa“ (2004 in die Slowakei und 2005 nach Russland/Kaliningrad) und vor allem das Bildungsprogramm „**In Europa für Europa**“ in Zusammenarbeit mit der Robert Bosch Stiftung für Stipendiaten aus Mittel- und Osteuropa. Der EU-Kommissar für Bildung Ján Figel hatte seinen ersten deutschen Auftritt im neuen Amt bei der Europa-Union.

Die Europa-Union Deutschland ist selbstverständlich *die* deutsche Vorreiterin in Sachen **Europäische Verfassung**. Entsprechend enttäuscht ist die Europa-Union über das Scheitern der Referenden in den Niederlanden und in Frankreich. Denn nach Meinung der Europa-Union bietet die Verfassung gerade für die Demokratie und das „Europa der Bürgerinnen und Bürger“ große Fortschritte. Dies haben die BAG „Verfassung“ und die Gremien der Europa-Union mehrfach unterstrichen. Die Europa-Union setzt sich konsequenterweise weiterhin für die Fortsetzung des Verfassungsprozesses ein, in der Hoffnung, dass weite Teile der Verfassung doch noch umgesetzt werden. Auch Aktionen fanden hierzu statt. Die Europa-Union unterstützte in Zusammenarbeit mit der JEF und dem Netzwerk Europäische Bewegung die internationale **JA-Kampagne** (www.yes-campaign.net) zur Verfassung. Höhepunkt war ein großes internationales Medienecho auf eine Aktion vor dem Reichstag. Alle wichtigen französischen Sender berichteten von der Aktion der Verfassungsbefürworter von Europa-Union und JEF. Viele Aktionen und Veranstaltungen zu den Vorteilen des Verfassungsvertrages fanden wurden bundesweit von den Verbänden der Europa-Union organisiert. Aber auch publizistisch war die Europa-Union tätig. Der „Taschenkommentar für Bürgerinnen und Bürger“, eine Initiative des Jugendverbandes JEF, beleuchtet kritisch positiv die Inhalte der Verfassung. Die Parlamentsarbeit der Europa-Union hat sich in den vergangenen Jahren ebenso verbessert, dank der intensiven Kooperation im **Parlamentarischen Forum Europäische Verfassung** mit Abgeordneten aus vier Fraktionen, die Mitglieder der Europa-Union sind und dem Präsidium angehören (Peter Altmaier, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Anna Lührmann und Michael Roth), und der JEF.

Der Europa-Union Deutschland bereitet besondere Sorge, dass eine entscheidende Grundlage für das Funktionieren Europas, die **europäische Bildung**, auch in Deutschland in eine Schiefelage gerät. In ihrem Beschluss, den „Europäischen Bildungsraum gestalten“ forderte die Europa-Union 2005: „Identifikation mit und Teilhabe an der Europäischen Union sind bei den Bürgerinnen und Bürgern

noch zu wenig entwickelt, wie unter anderem die schwache Beteiligung an den EP-Wahlen gezeigt hat“. Grundlage des Beschlusses war eine intensive Vorarbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft „Kultur“. Ein jüngstes Alarmzeichen einer mangelhaften Bildungsarbeit für Europa in Deutschland war für die Europa-Union der Ausstieg der Länder aus der Förderung des **Europäischen Wettbewerbs**, der über 200.000 Schülerinnen und Schüler erreicht. Immerhin deutet sich an, dass der Bund die Lücke schließen wird. Der wesentliche Bereich der Bildungsinitiativen der Europa-Union wird im Wesentlichen durch die intensive Zusammenarbeit mit **dem Centre International de Formation Européenne (CIFE)** und von Mitteln der Europäischen Union getragen. Herauszuheben ist auch die intensive Kooperation mit dem Theodor Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung im Rahmen des Programmes „In Europa für Europa“. Und die Initiativen gehen weiter: in Zusammenarbeit mit der Fondazione per la Scuola della Compagnia di San Paolo und der JEF unterstützt die Europa-Union demnächst den Dialog zwischen Schülerinnen und Schülern und der EU-Vizekommissarin Margot Wallström Ende November in Berlin.

Die Europa-Union Deutschland hat sich 2004/2005 intensiv und kritisch der **deutschen Europapolitik** gewidmet. Herauszustellen ist hierbei die Taskforce „Europafähigkeit des deutschen Föderalismus“. Die Europa-Union bemängelt die unzulängliche, nicht rechtzeitige und nicht hinreichend flexible Koordinierung der deutschen Positionen für die Europapolitik. Bund wie Länder müssen für deutliche Verbesserungen in der **Europa-Koordinierung** sorgen. Für die neue Bundesregierung erhofft die Europa-Union einen Stilwechsel in der Europapolitik, hin zu einer verstärkten Rolle als Impulsgeber für die Integration der EU mit mehr Sensibilität für die Interessen der kleinen Länder. Höhepunkt der Behandlung der deutschen Rolle in der Europapolitik war das Europapolitische Forum mit Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl 2005 in Ludwigshafen. In Anlehnung an die Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament setzt sich die Europa-Union nun auch für die Einrichtung einer **Bundestagsgruppe** ein. Mit ihren europäischen **Wahlprüfsteinen** hat sich die Europa-Union als einzige Organisation parteiübergreifend für eine stärkere Beachtung europäischer Themen im Bundestagswahlkampf eingesetzt. Immerhin sind fast 10 Prozent der Bundestagsabgeordneten Mitglieder der Europa-Union. Von der designierten Bundesregierung erhofft sich die Europa-Union, dass sie sich verantwortungsvoll für die Fortentwicklung der europäischen Integration einsetzt und Initiativen für die europaweite Annahme des Verfassungsvertrages während ihrer Ratspräsidentschaft ergreift. Der Koalitionsvertrag wird von der Europa-Union entsprechend begrüßt.

Die Herausforderungen sind nun die Reflexionsphase 2005/2006, die deutsche Ratspräsidentschaft 2007 und die Europawahl 2009. Die Europa-Union ist hierfür als „gutes Gewissen für Europa“ inhaltlich und kommunikativ verstärkt und gut aufgestellt.

3 Organisation

Die politische Arbeit der Gremien und Arbeitskreise der Europa-Union Deutschland stand im Zeichen von EU-Erweiterung, dem Kampf um die Verfassung, der Diskussion um die Zukunft Europas, den Europawahlen 2004 und der Bundestagswahl 2005. Zu den zentralen Themen wurden politische Stellungnahmen und Argumentationshilfen erarbeitet und verabschiedet. Auf allen Verbandsebenen fanden im Rahmen der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit eine Vielzahl von Aktivitäten und Projekten statt.

Die Organisation der Europa-Union fußt auf dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder, der Beschlüsse des Bundeskongresses, des Bundesausschusses und der Beschlüsse bzw. Teamarbeit des Präsidiums und des Generalsekretariats.

3.1 Gremien

3.1.1 Bundesausschuss und Präsidium

Nachdem der 49. Ordentliche Kongress im November 2003 bereits wesentliche personelle Entscheidungen für die Verbandsführung in den Jahren 2004/2005 getroffen hatte, wurde mit den Wahlen durch den Bundesausschuss am 21. Februar 2004 das neue Präsidium komplettiert.

Im Berichtszeitraum gehörten dem **Präsidium** an: Präsident Elmar Brok MdEP, die Vizepräsidenten Ernst Johansson, Ulla Kalbfleisch-Kottsieper und Thomas Mann MdEP, Schatzmeister Dr. Franz Schoser, als weitere Mitglieder des Präsidiums: Peter Altmaier MdB (berufen), Marco Hardt, Dr. Heinrich Hoffschulte, Ernst-Ludwig Göpfert, Hildegrad Klär, Dr. Dietrich von Kyaw (berufen), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB, Jo Leinen MdEP, Ingo Linsenmann, Jürgen Lippold, Dieter Lubeseder, Anna Lührmann MdB (berufen), Elke Pütz, Michael Roth MdB (berufen), Heinz-Wilhelm Schaumann, Rainer C. Schröer, Wolfram Schulz-Streeck, Prof. Dr. Martin Seidel, Rainer Wieland MdEP, Otto Wolff von Amerongen (berufen).

Das Präsidium tagte im Jahr 2004 am 21.2., 18.9., 23.10., im Jahr 2005 am 26.2., 7.5., 1.7., 5.11. und 26.11. Präsident und Geschäftsführung des Bundesverbandes gaben im Rahmen aller Zusammenkünfte einen Bericht über die aktuelle Lage des Verbandes, ihre Tätigkeit und Initiativen ab. Die Aussprache zu aktuellen europapolitischen Fragen und den damit verbundenen Aufgaben für die Europa-Union stand in der Regel auf der Tagesordnung der Sitzungen. Die Einführung hierzu erfolgte durch den amtierenden Präsidenten. In seinem Beschluss vom 1.7.2005 „Der Europäische Verfassungsprozess muss weitergehen“ bekräftigt das Präsidium, dass die Europäische Verfassung für die erweiterte Union einen deutlichen Fortschritt bedeuten würde, stellt aber auch fest, dass die negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden deutliche Warnsignale seien und die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden müssten.

Neben der Erörterung der Arbeits- und Aktionsschwerpunkte des Verbandes, der Vorbereitung der Bundesausschusssitzungen und des Bundeskongresses sowie der Arbeit der Kommissionen des Bundesverbandes war die Tätigkeit des Präsidiums von den Bemühungen bestimmt, die finanzielle, organisatorische und politische Handlungsfähigkeit des Bundesverbandes zu sichern. Jedes Präsidiumsmitglied zeichnet für bestimmte Aufgaben- bzw. Themenbereiche verantwortlich.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Gremien > Präsidium

Der **Bundesausschuss** ist in der Zeit zwischen den Kongressen laut Satzung das oberste Organ des Verbandes. Er setzt sich aus dem Präsidium, mindestens zwei Delegierten jedes Landesverbandes und fünf Delegierten der JEF sowie bis zu 15 persönlichen Mitgliedern zusammen. Am 21.2.2004 wurden gewählt: als Vorsitzender des Bundesausschusses Franz Josef Klein, als stellvertretende Vorsitzende Prof. Dr. Joachim Gasiiecki und Rainer B. Giesel, als persönliche Mitglieder: Reinhard Burdinski, Inge Dohrmann-Nowak, Prof. Dr. Joachim Gasiiecki, Dr. Roland Giebenrath, Rainer B. Giesel, Roland von Hunnius MdL, Reinhard Klemz, Dr. Ernst Piehl, Dr. Hans Pragst, Felix B. Schlosser, Dr. Jutta Schmitz-Rixen, Dr. Otto Schmuck, Markus Scholl, Wolfgang Schulze, Albert Seiz

Der Bundesausschuss trat im Berichtszeitraum viermal zusammen: am 21.2. und 18.9.2004 sowie am 7.5. und 5.11.2005. Der Bundesausschuss hat sich mit der Entwicklung des Verfassungs- und Reformprozesses befasst und dazu Beiträge formuliert. Auf seiner Tagung am 21.2.2004 forderte er die Annahme der Europäischen Verfassung nach vor den Europawahlen (Beschluss: „Wir brauchen die Europäische Verfassung jetzt!“). Im Ergebnis der Beratung vom 18.9.2004 wurde eine gemeinsame Stellungnahme mit der Europäischen Bewegung Deutschland zur Verabschiedung der Europäischen Verfassung durch die EU-Staats- und Regierungschefs veröffentlicht („Verfassungshürde genommen – Ratifizierung sicherstellen“). Kritisch hat sich der Bundesausschuss mit der „Europafähigkeit des deutschen Föderalismus“ auseinandergesetzt. Im Lichte der Debatte vom 18.9.2004 wurde eine Beschlussvorlage zu diesem Thema für den Bundeskongress 2004 in Bonn erstellt. Zu den Beschlüssen des Bundesausschusses im Berichtszeitraum gehört auch ein bildungspolitisches Grundsatzpapier unter dem Titel „Den europäischen Bildungsraum gestalten“ vom 7.5.2005.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Gremien > Bundesausschuss

3.1.2 *Kongress*

Unter dem Motto „Europa in neuer Verfassung“ fand der 50. Ordentliche **Kongress** am 23. und 24.10.2004 in Bonn statt. Vor dem Umzug des Generalsekretariats nach Berlin sollte es eine symbolische Geste an die Bundesstadt sein, den Jubiläumskongress in dem Ort abzuhalten, wo jahrzehntelang die Geschicke der Europa-Union Deutschland gelenkt und die wesentliche Arbeit für den Bundesverband geleistet wurde. Die 200 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und den europäischen Nachbarstaaten erlebten eine inhaltlich anspruchsvolle, arbeits- und erfolgreiche Tagung mit interessanten Diskussionen.

Dass die Arbeit der Europa-Union ihre Anerkennung findet, wurde in den Grußworten von Bürgermeister Helmut Joisten, der Leiterin der EU-Kommissionsvertretung in Bonn, Barbara Gessler, und der Präsidentin der Europäischen Bewegung, Dr. Monika Wulf-Mathies, deutlich. Mit ihren politischen Ansprachen lieferten Elmar Brok MdEP und Jo Leinen MdEP wichtige Impulse für eine intensive und konstruktiv geführte Debatte zu einem „Europa in neuer Verfassung“. Mit Persönlichkeiten und Experten aus Politik und Wissenschaft wurden in drei Arbeitsgruppen aktuelle Fragen und künftige Herausforderungen erörtert und entsprechende Politikkonzepte entwickelt.

Die Ergebnisse der inhaltlichen Diskussion fanden ihren Niederschlag in 12 Positionspapieren und Sachbeschlüssen, darunter eine Stellungnahme zum Verfassungsprozess, ein Appell an die Föderalismuskommission, die Forderung nach Vereinfachung der Grenzkontrollen für EU-Bürger und nach EU-Initiativen zur Abschaffung der Roaming-Zuschläge im Mobilfunk.

Die höchste Auszeichnung des Bundesverbandes, die Europa-Union-Medaille in Gold mit Stern, wurde anlässlich des Jubiläumskongresses Magdalene Hoff, Prof. Dr. Heinrich Schneider, Arno Krause, Manfred Däuwel und Max Wratschgo verliehen. Zu den Geehrten gehörten auch Otto Wolff von Amerongen und Prof. Claus Schöndube, die die Auszeichnung leider nicht persönlich entgegen nehmen konnten.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Gremien > Bundeskongress

3.2 Bundesarbeitsgemeinschaften

3.2.1 BAG „Verfassung“

Aufgabe der Europa-Union ist es, den Verfassungs- und Reformprozess kritisch-konstruktiv zu begleiten und den Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung der Verfassung für sie selbst und die Zukunft Europas nahe zu bringen. Grundlagen für die innerverbandliche Debatte und Argumentationshilfen erstellt(e) der Arbeitskreis „Verfassung“ unter Vorsitz von Dr. Otto Schmuck. Folgende politische Stellungnahmen und Gremienbeschlüsse basieren auf Papieren des Arbeitskreises:

- Die Europa-Union setzt sich gemeinsam mit der Europäischen Bewegung für die Annahme der Europäischen Verfassung auf der Grundlage des Konventsentwurfs noch vor den Europawahlen ein (Beschluss des Bundesausschusses vom 21.02.04).
- Die Verabschiedung der Europäischen Verfassung durch den Europäischen Rat im Juni 2004 wird begrüßt und damit die Forderung nach einem zügigen Ratifizierungsprozess verknüpft (Presseerklärung vom 30.06.04).
- Der „Kampf um die Europäische Verfassung“ und die Frage der Referenden (Beschluss des Bundesausschusses vom 18.9.04, Presseerklärung vom 1.9.04, Beschluss des Bundeskongresses am 24.10.04).
- Die Europa-Union fordert die Fortsetzung des Europäischen Verfassungsprozesses (Beschluss des Präsidiums vom 1.7.05, Beschlussvorlage für den Bundeskongress 2005).

Im Rahmen der Begleitung des Verfassungsprozesses hat sich die Europa-Union auch intensiv und kritisch mit der deutschen Europapolitik auseinandergesetzt. Eine Task Force zur Europafähigkeit des deutschen Föderalismus hat hierzu wichtige Impulse und Arbeitsgrundlagen geliefert. Die deutsche Rolle in der Europapolitik war zentrales Thema eines Forums am 18.9.04 in Aschaffenburg. Der Bundeskongress in Bonn hat Empfehlungen an die deutsche Föderalismuskommission formuliert. Den vorläufigen Höhepunkt der Diskussion zum Thema bildete das europapolitische Forum mit Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 7.05.05 in Ludwigshafen.

3.2.2 BAG „Die Grenzen Europas“

Zur Erarbeitung einer Beschlussvorlage zum Thema „Die Grenzen Europas“ hat das Präsidium im Februar 2005 entsprechend dem Auftrag des Bundeskongresses eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Vizepräsident Ernst Johansson eingesetzt. Die Arbeitsgruppe hat in Ergänzung eines von Herrn Johansson

erstellten fachlichen Arbeitspapiers den Entwurf einer politischen Beschlussvorlage erarbeitet, die erstmals von den Gremien im Mai 2005 behandelt und seither im Verband diskutiert und weiterentwickelt wurde. Auf der Grundlage eines Antrages des Landesverbandes Schleswig-Holstein und einem entsprechenden Änderungsvorschlag des Präsidiums wird das Thema Gegenstand der Beratungen des Bundeskongresses in Potsdam sein.

3.2.3 BAG „Kultur“

Der Arbeitskreis „Kultur“ wurde im Jahr 2004 vom Präsidium berufen. Aufgabe war es zunächst, ein bildungspolitisches Grundsatzpapier der Europa-Union Deutschland zu entwickeln. Die Gruppe nahm unter der Moderation von Maren Günter im Dezember 2004 ihre Arbeit auf. Auf der Grundlage eines Antrages des Landesverbandes Rheinland-Pfalz wurde der Entwurf einer Beschlussvorlage erstellt. Eingeflossen sind dabei auch die Ergebnisse der bildungspolitischen Fachtagung zum Thema „Lernfeld Europa“, zu der die Europa-Union am 22. und 23.09.04 Lehrkräfte und Multiplikatoren aus dem Bereich der politischen Bildung nach Königswinter eingeladen hatte, ebenso wie die Ergebnisse des Bundeskongresses in Bonn. Das Papier wurde vom Bundesausschuss im Mai 2005 verabschiedet.

3.2.4 BAG „Strategie“

Die Europa-Union muss sich den aktuellen inhaltlichen und organisatorischen Herausforderungen stellen. Sie will und wird im Prozess des Nachdenkens und des Dialogs über die Zukunft Europas eine aktive Rolle spielen. Zur künftigen Strategie der Verbandsarbeit hat das Präsidium deshalb im Juli 2005 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Unter der Leitung von Vizepräsident Thomas Mann MdEP sind Überlegungen formuliert worden, die dem Bundeskongress in Potsdam als Diskussionsgrundlage dienen und in einen Beschluss münden sollen, der im Rahmen einer breiten Verbandsdebatte ständig weiterentwickelt werden muss.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Gremien > AGs und Kommissionen

3.3 Parlamentarische Arbeit

Die Europa-Union unterstützt die parlamentarische Dimension der europäischen Integration und setzt sich aktiv für den Dialog zwischen Bürgern und Parlamentariern ein. Sie hat ihre Aktivitäten im Bereich der parlamentarischen Arbeit im Berichtszeitraum verstärkt.

Anlässlich der **Europawahl 2004** haben Europa-Union, JEF und Europäische Bewegung in einer gemeinsamen Aktion **Wahlprüfsteine** für Kandidatinnen und Kandidaten zur Europäischen Verfassung entwickelt. Die Gliederungsverbände haben in bundesweiten Aktivitäten traditionell um die Stärkung des Europäischen Parlaments und eine hohe Wahlbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger geworben.

Im Vorfeld der Wahlen hat die Europa-Union harte Kritik am Europawahlkampf der Parteien und dem zurückhaltenden Engagement der Öffentlichen Hand geübt (Presseerklärung „Europa-Wahl droht zu scheitern“ vom 10.6.04).

In der aktuellen Legislaturperiode sind 62 der 99 deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments Mitglied der Europa-Union Deutschland. **Die Parlamentariergruppe der Europa-Union im Europäischen Parlament** setzt sich zusammen aus Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, CSU, FDP, PDS und SPD. Rainer Wieland MdEP und Norbert Glante MdEP haben arbeitsteilig den Vorsitz der Parlamentariergruppe übernommen. Ziel ist es, einige Veranstaltungen im Jahr durchzuführen und die Betreuung der Parlamentarier und die Arbeit mit der Europa-Union zum gegenseitigen Vorteil zu verbessern. Das nächste Treffen ist für den 13.12.05 geplant.

In Anlehnung an die EP-Parlamentariergruppe strebt die Europa-Union auch die Bildung einer Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag an. Die intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit im **Parlamentarischen Forum Europäische Verfassung** mit Abgeordneten aus vier Fraktionen und der JEF hat hierfür einen guten Grundstein gelegt. Im Berichtszeitraum fanden fünf Sitzungen (s. Punkt 4.3.).

Zur Bundestagswahl im September 2005 hat das Präsidium **Wahlprüfsteine** initiiert, um die Kandidatinnen und Kandidaten und die im Parlament vertretenen Parteien auf ihre europapolitischen Standpunkte hin zu beleuchten. Mit ihren europäischen Wahlprüfsteinen hat sich die Europa-Union als einzige Organisation parteiübergreifend für eine stärkere Beachtung europäischer Themen eingesetzt und damit auf sich aufmerksam gemacht.

Es wurde ein **Internetportal www.wahlen-europa.de** eingerichtet, über welches die Kandidaten nicht nur ihre Stimme abgeben, sondern auch interessierte Bürgerinnen und Bürger die Antworten nachlesen konnten. Von den 250 zur Teilnahme aufgerufenen Bundestagskandidaten beteiligten sich rund 75, also 30 Prozent. Die Ergebnisse wurden in einem ersten **Europaprofil des Deutschen Bundestages** zusammengefasst. Die fehlenden Antworten sollen noch kontinuierlich erfragt und damit ein umfassendes Kompendium zur europapolitischen Ausrichtung der Abgeordneten des 16. Deutschen Bundestages entwickelt werden. Die Internetplattform <http://www.wahlen-europa.de> dient perspektivisch der Vorbereitung auf die Europa-Wahlen 2009.

Die Europa-Union initiierte und unterstützt den **europäischen Parlamentarischer Abend** am 30.11.05 im Europäischen Haus in Berlin. Gastgeberin ist die Vertretung der Europäischen Kommission. Auswärtiges Amt und das Informationsbüro des Europäischen Parlamentes sind ebenfalls eingebunden. Eingeladen sind die Abgeordneten des neu gewählten Bundestages. Sie treffen mit EU-Vizekommissarin Margot Wallström und der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Katrin Göring-Eckardt zusammen. Für die Europa-Union wird der Sprecher der Europa-Union-Parlamentariergruppe im Europa-Parlament Rainer Wieland MdEP sprechen. Für die Europa-Union und ihren Jugendverband JEF ist der Parlamentarische Abend ein erster Startpunkt für die Fortsetzung ihrer Parlamentsarbeit in Sachen Europa mit dem neuen Bundestag. Über 80 Abgeordnete des Deutschen Bundestages, sind Mitglieder der Europa-Union.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Gremien > EP-Parlamentariergruppe & Parlamentarisches Forum

3.4 Öffentlichkeits- und Medienarbeit

3.4.1. Pressearbeit

Presseerklärungen des Bundesverbandes 2004:

- 10.06. Europa-Wahl droht zu scheitern!
- 30.06. Verfassungshürde genommen – Ratifizierung sicherstellen
- 02.09. Volksabstimmung: Bundesregierung darf keinen Bluff riskieren
Referendum muss mit Bekenntnis der deutschen Politik zu Europa einher gehen
- 17.09. Aschaffenburg als Zentrum deutscher Europapolitik
Prominente Beteiligung bei öffentlicher Tagung der Europa-Union
- 26.10. Europa-Union/Elmar Brok: Roaming-Gebühren sind die Zölle des 21. Jahrhunderts
- 26.11. Neuer EU-Bildungskommissar Figel': Antrittsbesuch in Berlin mit Schwerpunkt EU-Personalpolitik

Presseerklärungen des Bundesverbandes 2005:

- 25.02. Straßenaktion: Ja zur Verfassung
100 junge Europäer mit gigantischem Ja-Ballon
- 04.03. Nationale Debatten nicht auf Kosten der Verfassung!
- 12.05. Europawoche 2005 im Zeichen der EU-Verfassung
Parteiübergreifende Impulse für positivere Vermittlung Europas dringend gefordert
- 07.05. Kohl zeichnet optimistisches Bild

- Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl: Europa muss in der Welt mit einer Stimme sprechen
- 11.05. Deutschland sagt Ja zur EU-Verfassung!
- 12.05. Ja-Kampagne vor dem Reichstag ein Riesenerfolg
- 29.05. Jetzt muss Europa Kurs halten
Die deutschen Europaverbände nach dem französischen Nein: Zur EU-Verfassung gibt es keine Alternative
- 29.08. Bundestagswahl: Wofür stehen die Parteien in der Europapolitik?
- 07.09. Bundestagswahl: Wie europäisch wird das neue Parlament?
- 05.11. Stilwechsel in der deutschen Europapolitik erwartet
Regierungsbildung: Europa blickt mit „hoffnungsvoller Sorge“
- 15.11. Jetzt gemeinsam Kurs halten: Europa nützt uns!
Neue Bundesregierung muss klare Kosten-Nutzen-Analyse erstellen

Ehrenamtlicher Pressesprecher der Europa-Union ist das Präsidiumsmitglied Marco Hardt.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Presse

3.4.2. Mitgliederzeitschrift „Europa aktiv“

Mit den sechsmal jährlich erscheinenden Verbandsinformationen „Europa aktiv“ erhalten die Mitglieder der Europa-Union ein ansprechendes und vorzeigbares Produkt, das dazu dient, den kommunikativen Zusammenhalt im Verband zu stärken. Es bietet ein Forum für die innerverbandliche Debatte und die Berichterstattung aus dem Bundesverband, der UEF und JEF sowie den Landesverbänden. „Europa aktiv“ spiegelt die Politik und die vielfältigen Aktivitäten der Europa-Union auf allen Verbandsebenen wider. Damit ist es nicht nur ein unverzichtbares Instrument für die verbandsinterne Kommunikation, sondern auch gut geeignet für die Außendarstellung des Verbandes. Im Internet sind alle Artikel online abrufbar. Chefredakteur von „Europa aktiv“ ist das Präsidiumsmitglied Heinz-Wilhelm Schaumann.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Europa aktiv

3.4.3. Internetseiten www.europa-union.de

Unter www.europa-union.de präsentiert sich die Europa-Union Deutschland seit 2004 erfolgreich im Internet. Der öffentliche Auftritt im Netz dient der Erschließung neuer Zielgruppen, erhöht den Bekanntheitsgrad des Verbandes und bietet umfassende Informationen und zusätzliche Serviceleistungen für Mitglieder und Interessenten.

Ziel gemeinsamer Projektarbeit mit den Landesverbänden im Bereich der Internetpräsentation ist die Vernetzung der lokalen, regionalen und bundesweiten Initiativen der Europa-Union im Bereich der europapolitischen Information und Kommunikation. Zu weiteren Maßnahmen in diesem Bereich gehört auch der Service www.europatermine.de, der im Rahmen eines Kooperationsprojektes von der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg entwickelt und betreut wird, und Seiten www.wahlen-europa.de sowie www.verfassung-europa.de. Das Angebot wird sehr gut angenommen. Durchschnittlich greifen täglich 200 verschiedene Rechner auf die Seiten der Europa-Union zu. Die Koordination und Redaktion der Internetseiten übernimmt das Generalsekretariat.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de>

3.4.4. weitere Projekte, Aktivitäten

Zu den Publikationen, die mit Hilfe von Projektförderungen im Berichtszeitraum realisiert werden konnten gehören: die Herausgabe der 2. Auflage der „Neuen Europadebatte“ und die „Verfassung für Europa – Der Taschenkommentar für Bürgerinnen und Bürger“, eine Initiative der JEF, in der 2. Auflage als Gemeinschaftsprojekt mit der Europa-Union erschienen. In Ergänzung zu den Publikationen und

Veröffentlichungen im Printbereich wird ein elektronischer Newsletter herausgegeben und das online paper „Basis Europa“.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Politik > Publikationen

3.5 Generalsekretariat und Service

Ehrenamtlicher Generalsekretär der Europa-Union ist Bernd Hüttemann, hauptamtlich Generalsekretär des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland. Er leitet das Team des Generalsekretariats und ist für die Umsetzung der Beschlüsse der Gremien der Europa-Union zuständig.

Für das Generalsekretariat in Bonn war im Berichtszeitraum neben der Bundesgeschäftsführerin, Birgit Kößling, als ständige Mitarbeiterin und Assistentin der Geschäftsführung bis zum August 2005 Annette Gerstmeier tätig.

Im Jahr 2004 wurden drei neue Projektmitarbeiter eingestellt: Karin Hauff und Alexandra Kotlebova für das Kooperationsprogramm der Europa-Union mit dem Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung „In Europa für Europa“ (siehe Punkt 4.4) und Christof Müller für die Kooperationsprojekte mit CIFE und die Betreuung der Web-Seiten des Bundesverbandes.

Im August 2005 fand der Umzug des Generalsekretariats von Bonn nach Berlin statt. Die Geschäftsstelle des Bundesverbandes befindet sich nun im Jean-Monnet-Haus, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland. Dies eröffnet gute Möglichkeiten für Synergien und eine noch engere Zusammenarbeit im Rahmen der Berliner Bürogemeinschaft.

Mit dem Umzug nach Berlin ist leider Frau Gerstmeier aus dem Generalsekretariat ausgeschieden. Die Aufgabenbereiche von Herrn Müller haben sich damit vergrößert.

Zu den im Berichtszeitraum hervorzuhebenden Maßnahmen und Aktivitäten des Generalsekretariats gehörten neben der Außendarstellung des Verbandes, allgemeiner Serviceleistungen für Bürger, Mitglieder und Untergliederungen sowie der Unterstützung und Assistenz der Tätigkeit des Präsidenten, Generalsekretärs und anderer Präsidialmitglieder; dem Finanzmanagement und der Haushaltsführung

- die Lancierung, Koordination, Betreuung und Präsentation der Aktionen auf Bundesebene (Verfassungskampagne, Wahlprüfsteine etc.)
- die Organisation, Durchführung und finanzielle Absicherung der zentralen Veranstaltungen und Projekte des Bundesverbandes (s. Punkt 4 Projekte),
- die Vor- und Nachbereitung, Organisation sowie Betreuung der Gremientagungen (s. Punkt 3.1.),
- die Vor- und Nachbereitung sowie Organisation der Bundeskongresse,
- die Unterstützung der beim Bundesverband angesiedelten Kommissionen und Arbeitskreise (s. Punkt 3.2.),
- die Unterstützung und Betreuung der parlamentarischen Arbeit (s. Punkt 3.3.)
- Realisierung von Maßnahmen und Serviceangeboten im Bereich der Öffentlichkeits- und Medienarbeit (s. Punkt 3.4.)
- die Akquirierung, Verwaltung und Abrechnung von Finanz- und Projektmitteln,
- die Pflege, Koordination, Entwicklung der Beziehungen und Zusammenarbeit mit der JEF, der UEF, dem Netzwerk Europäischen Bewegung Deutschland und anderen Partnereinrichtungen und -organisationen.

Das Generalsekretariat hat für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und zur Unterstützung der Untergliederungen Materialien sowie Argumentationshilfen erstellt und produziert sowie beschafft, vermittelt und zur Verfügung gestellt. (vgl. auch Punkt 3.4.) Insbesondere für ihre Aktivitäten im Rahmen der Europaaktion Anfang Mai wurde den Landes- und Kreisverbänden eine umfangreiche Offerte unterbreitet. Dazu gehörte u. a. der Flyer „Komm mit nach Europa“, Informations- und Argumentationsmaterial zur EU-Verfassung, Faltblätter („Europawahl 2004“, „Fakten zu Europa“, „Europäische Verfassung“) und

Musterpresseerklärungen (2004: „Europa gemeinsam gestalten“, „Europäer gehen wählen“, „Europa – Eine gute Wahl“, „Europäische Verfassung kommt“, 2005: „Europawoche 2005 im Zeichen der EU-Verfassung“).

Im Berichtszeitraum wurden nahezu 50 Projekte, Aktionen und Veranstaltungen realisiert - in der Mehrzahl im Rahmen der Kooperation mit CIFE. Bei der Hälfte handelt es sich um Gemeinschaftsprojekte mit den Landesverbänden und der JEF. Das umfassendste und über den gesamten Berichtszeitraum laufende Projekt ist das Bildungsprogramm „In Europa für Europa“, das die Europa-Union seit 2004 in Zusammenarbeit mit dem Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung für Stipendiaten aus Mittel- und Osteuropa durchführt. Mit den Veranstaltungen und Aktionen wurden bundesweit und im Rahmen internationaler Projekte über dreitausend Teilnehmer erreicht.

Eine **Landesgeschäftsführerkonferenz** wurden am 4.12.2004 in Berlin durchgeführt.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Service

3.6 Jugend/JEF

Die Kooperation mit dem Jugendverband Junge Europäische Föderalisten Deutschland ist vielfältig: Sie reicht von der inhaltlichen Zusammenarbeit in den Bundesarbeitsgemeinschaften (z. B. im Arbeitskreis Verfassung) und den Gremien der Europa-Union, über die Lancierung gemeinsamer Kampagnen (internationale Ja-Kampagne zur Verfassung), die parlamentarische Arbeit (Zusammenarbeit beim Parlamentarischen Forum Europäische Verfassung, bei der Erarbeitung der Wahlprüfsteine zur Europawahl und zur Bundestagswahl) bis zu gemeinsamen Projekten im publizistischen Bereich (Verfassungskommentar für Bürgerinnen und Bürger, www.europatermine.de) und im Rahmen der Bildungs- und Jugendarbeit (Treffen von deutschen und italienischen Schülern mit der EU-Vizekommissarin Margot Wallström in Berlin, internationales Berlin-Jugendseminar etc.).

Die JEF ist in den Gremien der Europa-Union vertreten, bringt sich aktiv in die politisch-programmatische Arbeit ein und ist an den verbandspolitischen Entscheidungen beteiligt. Auf der geschäftsführenden Ebene bestanden im Berichtszeitraum gute Kontakte zwischen den beiden Bundessekretariaten. Die Europa-Union fördert die Aktivitäten der JEF durch die Bereitstellung von Projektmitteln. Handlungsbedarf besteht vor allem in der Frage der abgestimmten/gemeinsamen Mitgliedsbetreuung und verstärkte Einbindung der Jugend in die Arbeit der Europa-Union.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Jugend

3.7 International

Union Europäischer Föderalisten

Die Kooperation mit unserem europäischen Dachverband manifestierte sich vor allem in folgenden Bereichen: im Rahmen der Weiterführung der Kampagne für eine Föderale Europäische Verfassung, und hinsichtlich der UEF-Aktivitäten in Ost-/Mitteleuropa, die vor allem auf dem Engagement aktiver Mitstreiter und Untergliederungen der Europa-Union, insbesondere aus Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, basieren.

Als größte nationale Mitgliedsorganisation bestimmt die Europa-Union die politische Programmatik der Gremien der UEF entscheidend mit. Im Vorstand der UEF ist die Europa-Union – seit den Wahlen auf dem UEF-Kongress in Genua im März 2004 – durch Marc-Oliver Pahl und Thomas Mann MdEP vertreten, bis März 2005 auch durch Jo Leinen MdEP, der bis dahin das Amt des UEF-Präsidenten inne hatte. Im UEF-Bundeskomitee hat die Europa-Union 12 Mitglieder und 8 stellvertretende Mitglieder. Wegen der ausbleibenden Zahlungen des bayerischen Landesverbandes mussten leider auch die Beitragszahlungen der Europa-Union an die UEF anteilig gekürzt werden.

Unbefriedigend gestaltete sich bis dato die Zusammenarbeit zwischen dem Büro der UEF und dem Büro der internationalen Europäischen Bewegung in Brüssel. Mit der Wahl des neuen

Generalsekretärs der UEF besteht berechtigte Hoffnung, dass auch auf internationaler Ebene Synergien verbessert werden.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > international

3.8 Netzwerk Europäische Bewegung

Die Europa-Union ist der bürgerschaftliche und föderalistische Kern der Europäischen Bewegung, der einerseits die ehrenamtliche Europaarbeit „vor Ort“ an der Basis leistet und andererseits mit seiner programmatischen Arbeit ein wichtiger Impulsgeber für die Europäische Bewegung ist. Die Europäische Bewegung ihrerseits verschafft der Europa-Union Zugang zu Entscheidungsträgern und Kontakte zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Durch die Bürogemeinschaft im Jean-Monnet-Haus wird eine Bündelung der Kräfte und größere Effizienz der Arbeit auf Bundesebene erreicht, unter Wahrung der politischen und vereinsrechtlichen Eigenständigkeit beider Verbände. Durch die Person des gemeinsamen Generalsekretärs ist eine enge Kooperation zwischen Europa-Union und dem Netzwerk Europäische Bewegung gewährleistet.

① Im Internet: <http://www.europaeische-bewegung.de>

4 Aktivitäten & Projekte CIFE, Bosch Stiftung u.a.

Die meisten Aktivitäten des Bundesverbandes sowie der Kooperationsveranstaltungen zwischen Bundesverband und den Landesverbänden finden im Rahmen der „Europäischen Initiativen“ statt, eine Projektzusammenarbeit der Europa-Union Deutschland und dem Centre International de Formation Européenne CIFE in Nizza, finanziell gefördert durch Mittel der Europäischen Kommission. Eine wichtige zusätzliche Kooperation wurde im Projektzeitraum mit der Robert Bosch Stiftung GmbH anberaumt. Aber auch außerhalb dieses Rahmens der Europäischen Initiativen veranstaltet die Europa-Union Seminarreihen, Fachtagungen und Informationsveranstaltungen, die der Weiterbildung dienen und den europäischen Dialog fördern.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Aktivitäten

4.1 Internationale Projekte

4.1.1 XXXVI Nordeuropäische Gespräche, 21.-23.05.2004, Riga, Lettland

Die dreitägige Tagung widmete sich in diesem Jahr der „Neuen Nachbarschaft der erweiterten Europäischen Union“. Erstmals nahmen neben den russischen Repräsentanten aus den Ostseeregionen Kaliningrad und St. Petersburg Vertreter aus der Ukraine, aus Weißrussland und aus Moldau teil. Die deutschen Teilnehmer wurden durch die Delegierten der Europa-Union aus Mecklenburg-Vorpommern (stärkste Teilnehmergruppe) und aus Schleswig-Holstein vertreten. Die in vielen Gesprächen auch am Rande der Konferenz vereinbarten Kontakte führten u. a. zu dem allgemein begrüßten Vorschlag, die Nordeuropäischen Gespräche 2005 im russischen Kaliningrad durchzuführen, sofern dazu die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden können. Die Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern wurde beauftragt, der herausgehobene Partner für die Europäische Bewegung in Kaliningrad in der Vorbereitungsarbeit zu sein, neben dem Landesverband Schleswig-Holstein und der Dänischen Europabewegung. (siehe 4.1.3)

4.1.2 Wege nach Europa 04, 29.09.-03.10.2004, Bratislava, Slowakei

Mit der internationalen Konferenz „Wege nach Europa 2004“ setzte der Bundesverband seine erfolgreiche Veranstaltungsreihe fort. In der Zeit vom 29. September bis 3. Oktober 2004 trafen sich inmitten der historischen Altstadt von Bratislava über 60 Konferenzteilnehmer aus Deutschland,

Österreich, Ungarn, Tschechien, Großbritannien, Polen und der Slowakei, um über neue „Wege nach Europa“ zu diskutieren. Höhepunkt dieser Konferenz war die Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Pal Csáki, der die Initiativen der Europa-Union sehr unterstützte und sich dafür aussprach, eine solche Bewegung auch in der Slowakei ins Leben zu rufen. Vizepräsident Ernst Johansson zog eine positive Bilanz und begrüßte, dass unter den Teilnehmern mit einigen jungen Slowaken nun eine Keimzelle für eine Europäische Bewegung in der Slowakei entstanden sei.

4.1.3 *Wege nach Europa 05, 21.-25.09.2005 Kaliningrad, Russland*

Nachdem das ursprüngliche Vorhaben die 37. Nordeuropäischen Gespräche in Kaliningrad zu veranstalten (siehe 4.1.1) nicht realisiert werden konnte, setzte der Bundesverband seine Reihe „Wege nach Europa“ im Jahr 2005 in Kaliningrad fort. 30 Teilnehmer hatten die Möglichkeit sich über ein Gebiet zu informieren, das durch seine exponierte Lage als russische Exklave zwischen EU-Gebiet und dem russischen Kernland immer wieder die Aufmerksamkeit von Politik, Wirtschaft und interessierten Bürgern weckt. Informative Gespräche unter Leitung des Vizepräsidenten *Ernst Johansson* bildeten das Kernstück der Veranstaltung. Der deutsche Generalkonsul *Dr. Cornelius Sommer* gab Auskunft über seine sich noch im Aufbau befindende Einrichtung und sprach zur besonderen Situation und Perspektive Kaliningrads. Seine Worte wurden im Sitz der Duma durch den Vorsitzenden des Ausschusses für internationale und interregionale Beziehungen, *B. S. Batalin*, ergänzt und konkretisiert. Auf großes Interesse stießen auch die Ausführungen von *Prof. Peter Sonec*, Vorsitzender der *Europäischen Bewegung Kaliningrad*. Abgerundet wurden die Diskussionen im Deutsch-Russischen Haus, einer Einrichtung der Bundesregierung. Der Leiter des Hauses, *Peter Wunsch*, referierte zu Fragen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kooperation zwischen dem Gebiet Kaliningrad und Deutschland, ergänzt durch Ausführungen von *Tatjana Pavlova*, die das Hansebüro Kaliningrad und das Schleswig-Holstein-Informationsbüro in der Stadt vertritt.

Die Mitglieder der Europa-Union haben ihr Wissen über Perspektiven und Probleme des Gebietes Kaliningrad vertiefen und erweitern können. Sie waren beeindruckt von der Dynamik, die in diesem Raum zu verspüren ist sowie vom Optimismus der Einwohner. Vieles wird noch zu tun sein, um das Verhältnis zu Kaliningrad in die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU bzw. Deutschland und der Russischen Föderation konstruktiv und zum Vorteil der Menschen einzubeziehen. Auch die Europa-Union kann durch ihre Tätigkeit die Information in Deutschland sowohl über das alte Königsberg als auch das neue Kaliningrad vertiefen. Sie muss aber auch Anregungen und Empfehlungen an die europäische und deutsche Politik weitergeben, die helfen können, die Entwicklung des russischen Kaliningrad im Interesse aller beteiligten Seiten zu fördern.

4.1.4 *XXXVII Nordeuropäische Gespräche , 21.-23.10.2005 Szczecin, Polen*

Die politischen Vertreter der Region schenken der diesjährigen Veranstaltung zum Thema „Europa – quo vadis? – Regierbarkeit, Demokratie und Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union“ große Aufmerksamkeit. Der Marschall der Wojewodschaft Westpommern, Prof. Dr. Zygmunt Meyer, sprach zum Thema „Polen als aktives Mitglied der Europäischen Union – Erwartungen an die Fortsetzung der europäischen Integration aus der Sicht der Region Westpommerns“. Er informierte umfassend über verwirklichte Aufgaben, gegenwärtig bearbeitete Projekte und über geplante Vorhaben.

In der Eröffnungssitzung sprachen Erik Boel als Präsident der Dänischen Europabewegung, Dieter Lubeseder als Landesvorsitzender Schleswig-Holstein und Joachim Gasięcki als Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern der Europa-Union Deutschland. Zum Thema „Die Nordeuropäischen Gespräche – Ausgangspunkt der Orientierung Europäischer Bewegungen des Ostseeraumes – ihre Geschichte und ihre aktuelle Bedeutung“ hoben die drei Sprecher übereinstimmend die hohe Wertigkeit der Begegnungen zivilgesellschaftlicher Organisationen im Ostseeraum hervor.

Der zweite Konferenztag begann mit einem grundlegenden Vortrag von Vizepräsident Ernst Johansson zum Thema „Die EU und ihre Zukunft: Wo liegen die Grenzen Europas?“. Mit diesem Thema berührte man den Kern der inhaltlichen Diskussion der Tagung. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Fragen der künftigen Erweiterung und der Aufnahme-fähigkeit der EU sowie auf Probleme unterschiedlicher Kulturkreise und Wertetraditionen, besonders im Zusammenhang mit der Türkei.

Die ca. 80 Teilnehmerinnen brachten ihre Positionen in einer Abschlussresolution der 37. Nordeuropäischen Gespräche zum Ausdruck, die als „Szczeciner Erklärung: Europa ist mehr als die EU“ europäischen und nationalen Institutionen rund um die Ostsee, einzelnen Politikern und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird und auch im Internet Verbreitung findet. Radio

Szczecin war während der gesamten Tagung durch einen Mitarbeiter vertreten, der über die Veranstaltung in zwei Rundfunksendungen berichtete.

4.2 Seminare und Aktionen

4.2.1 „Reanimating the EU: Towards the Constitution and the EP-Elections“, 06.-08. Februar 2004, Berlin

Auf dem gemeinsamen internationalen Seminar der Europa-Union und ihrer Jugendbewegung *Junge Europäische Föderalisten* (JEF) befassten sich rund 60 Teilnehmer mit den europäischen Herausforderungen des Jahres 2004, dem Verfassungsprozess und den anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament.

Nach Eröffnung durch den JEF-Vorsitzenden Lutz Hager diskutierte der Europaabgeordnete Jo Leinen mit dem Europavorsitzenden der JEF, Jon Worth, und dem Generalsekretär der JEF-Italien, Francesco Ferrero, über die Rolle der Europäischen Verfassung für die anstehenden Europaparlamentswahlen.

Am zweiten Tag wurde das Seminar in Arbeitsgruppen fortgesetzt. Im Zentrum der inhaltlichen Auseinandersetzung stand die Frage, inwiefern der Verfassungsvertrag von allen Mitgliedern der EU ratifiziert werden müsse, um in Kraft treten zu können. Einigkeit herrschte hingegen darüber, dass die Verfassung möglichst noch vor den Europaparlamentswahlen von den Regierungen der Mitgliedstaaten bestätigt werden sollte, da sonst ein Fiasko bei der Wahlbeteiligung zu befürchten sei.

4.2.2 Eurovisionen - Europa gestalten!

4.2.2.1 12.03.2004, München

Mehr als 160 Schülerinnen und Schüler aus München und Umgebung nahmen mit ihren Lehrkräften am 12. März 2004 an der Diskussion "Eurovisionen - Europa gestalten" teil. Das Podium wurde besetzt durch Vertreter aus Wirtschaft, Europa- und Jugendpolitik: Sabine Busse, Referentin für Wirtschaftspolitik in der Zentralstelle Economist/Corporate Relations der Siemens AG, Lissy Gröner MdEP, und Johannes Schmid, Landesvorsitzender der Jungen Europäer Bayerns.

Die EU-Erweiterung stand im Vordergrund einer ersten Diskussionsrunde. Lissy Gröner MdEP ging auf die geäußerten Bedenken ein und verwies darauf, dass das Beispiel der Süderweiterung in den 80er Jahren gezeigt hätte, dass eine Integration trotz beträchtlicher Strukturunterschiede erfolgreich verlaufen kann und daher für die Osterweiterung als Vorbild fungieren sollte.

Die zweite Diskussionsrunde zur Frage "Was für ein Europa wollen wir?" wurde bestimmt durch die Diskussion über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei. Die Meinungen der Jugendlichen gingen weit auseinander: Eine Mitgliedschaft der Türkei würde der EU große Vorteile bringen, z.B. einen großen Exportmarkt. Ein Beitritt würde die türkische Regierung zwingen, grundlegende Fragen anzugehen, insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und die Zypernfrage. Andere Stimmen plädierten für eine geographische Deutung der Grenzen der EU. Die Türkei, die überwiegend in Asien läge, sei kein Teil Europas und somit sollte ihr ein Beitritt verwehrt werden.

4.2.2.2 14.05.2004, München

An der zweiten Diskussionsrunde "Eurovisionen - Europa gestalten" nahmen wieder mehr als 100 Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften teil. Das Podium wurde erneut besetzt durch Vertreter aus Wirtschaft, Europa- sowie Jugendpolitik: Sabine Busse, Referentin für Wirtschaftspolitik in der Zentralstelle Economist/Corporate Relations der Siemens AG, Ursula Schleicher MdEP und Johannes Schmid, Landesvorsitzender der Jungen Europäer Bayerns.

Trotz verstärkter Medienberichterstattung im Vorfeld des Beitritts zehn neuer Mitgliedsstaaten wurde die EU-Erweiterung vornehmlich negativ eingeschätzt. Die Jugendlichen argumentierten, dass die Erweiterung viel zu schnell vollzogen worden sei und die Volkswirtschaften der neuen Mitgliedsstaaten noch lange nicht soweit seien, um in der EU "mithalten" und ohne Subventionen

existieren zu können. Auch würden die noch relativ jungen demokratischen Systeme den EU-Standards auf längere Sicht nicht entsprechen. Ursula Schleicher widersprach diesen Überzeugungen und stellte dar, dass die Staaten sich seit zehn Jahren auf den Beitritt vorbereitet hätten.

Während der zweiten Diskussionsrunde zum Thema "Wahlen zum Europaparlament" konstatierten die Schüler, dass es den meisten Bürgern in Deutschland an Identifikation mit Europa fehle. Ursache dafür, so vermuteten die Jugendlichen, sei die Bürgerferne und die in den Medien propagierte Geldverschwendung durch Bürokratie und Subventionen. Das Europäische Parlament beispielsweise hätte zu wenig Mitentscheidungsrechte in der EU und übe damit überhaupt keinen Einfluss auf wichtige Entscheidungen in Europa aus. Ursula Schleicher erläuterte, dass das Parlament als Vertretung der Völker und Menschen in Europa ein äußerst wichtiges und einflussreiches demokratisches Element im Gefüge der EU-Institutionen sei. Die Kompetenzen des Parlaments seien in den letzten Jahren stetig ausgebaut worden.

4.2.3 EU-Erweiterung - Herausforderung für die innere Sicherheit und die Wirtschaft, 26.03.2004, Amberg

Insgesamt 14 Referenten diskutierten die möglichen Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die innere Sicherheit und die Wirtschaft. Die Veranstaltung stieß bei den 85 Teilnehmern auf eine sehr positive Resonanz. Tätigkeit und Aufgabenbereiche von EUROPOL schilderte Uwe Kranz aus Den Haag. Mit dem 1. Mai werde sich in Bezug auf das organisierte Verbrechen nichts ändern. Es gelte jedoch die zehn „Neuen“ in die Verbrechensbekämpfung einzubeziehen und das Sprachenproblem zu lösen. Aber auch bei den bisherigen Mitgliedstaaten gäbe es immer noch mangelnde Koordination und konkurrierende Einrichtungen, wobei Deutschland durchaus nicht in der ersten Reihe stünde.

Johann Schmalzl von der IHK Amberg beschäftigte sich mit den Chancen und Risiken für die Wirtschaft. Die neuen Märkte vor der Haustür mit einem jährlichen Wachstum von fünf Prozent böten große Chancen. Nicht zu übersehen seien auch die Anreize zur Produktionsauslagerung durch die preiswerten Arbeitsmärkte in den MOE-Staaten. Das erläuterte Heinz-Jürgen Otto, Vorstandsvorsitzender der Grammer GmbH Amberg, im Detail am Beispiel seiner Firma. Kamil Báca und Daniela Balásova von der Wirtschaftskammer und Bezirksregion Pilsen schilderten die positive Sicht der tschechischen Seite. Auch für Wolfgang Petsch vom Euro-Info-Center Nürnberg überwiegen mittelfristig die Vorteile der EU-Erweiterung. Kritischer sah das Prof. Dr. Franz Seitz von der FH Amberg-Weiden in Bezug auf die Probleme des deutschen Arbeitsmarktes.

4.2.4 Schülerworkshop: Europawahl am 13. Juni 2004 – Was geht mich das an?, 14./15. 04 2004 Neumünster

39 Schülerinnen und Schüler waren aus ganz Schleswig-Holstein nach Neumünster gekommen, um sich mit dem Thema „Europawahl“ zu beschäftigen. Mit Joachim Brunkhorst, dem Schulbeauftragten der Europa-Union Schleswig-Holsteins und Leiter des Seminars, wurde die Frage des vermeintlichen „Demokratiedefizits“ und der Rechte des Europaparlament diskutiert.

Den kritischen Fragen der Schüler stellten sich Willy Piecyk MdEP, der Europapolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Manfred Ritzek, und das junge Mitglied des Vorstandes der Schleswig-Holsteiner Grünen, Lars Schmidt. In der Frage der EU-Erweiterung kam man zu positiver Übereinstimmung. Deutlich wurde auch, dass die Gesetzgebung für uns Bundesbürger schon zu mehr als 50% auf europäischer Ebene bestimmt wird. Daher hätten die Bürgerinnen und Bürger allen Grund, sich zahlreich an der Europawahl am 13.Juni zu beteiligen.

4.2.5 Europäischer Wettbewerb: Europa verstehen – kulturell und sportlich, 4.-7.5.2004, Straßburg

Der Europäische Wettbewerb ist der älteste Schülerwettbewerb in Deutschland und eine der ältesten und traditionsreichsten transnationalen Initiativen zur politischen Bildung in Europa. Durch Vermittlung der Lehrkräfte sucht der Wettbewerb eine möglichst große Zahl von Schüler/innen in Europa zu erreichen und ihnen eine europäische Dimension im Bildungskanon aller europäischen Völker bewusst zu machen. Der Europäische Wettbewerb wendet sich in Deutschland an Schüler aller Schularten und Jahrgangsstufen. Die Aufgaben sind für den schriftlichen Wettbewerb in drei, für den bildnerischen in vier Altersgruppen unterteilt. Sechzehn Preisträger/innen des diesjährigen

Wettbewerbs nahmen an einem Seminar in Straßburg teil und erhielten dort die Möglichkeit, sich über die Arbeitsweise des Europäischen Parlaments zu informieren.

4.2.6 Zentrales Europapolitisches Forum: "Heimspiel Europa. Die deutsche Europapolitik in der neuen Europäischen Union", 18.09.2004, Aschaffenburg

Wie europafähig ist der deutsche Föderalismus? Mit dieser Frage befassten sich Elmar Brok MdEP, der rheinland-pfälzische Justizminister Herbert Mertin, Michael Roth MdB und der ehemalige deutsche Botschafter bei der EU, Dr. Dietrich von Kyaw.

Eberhard Sinner, bayerischer Staatsminister für Europaangelegenheiten, begrüßte die rund 80 Teilnehmer und unterstrich dabei aus bayerischer Sicht die Notwendigkeit einer Beteiligung der Länder an Entscheidungsprozessen in europapolitischen Fragen.

4.2.7 Gemeinsam für eine Europäische Verfassung, 09.10.2004, Herne

Ziel der Veranstaltung war es, nach der Verabschiedung der Verfassung durch die Staats- und Regierungschefs der EU den Ratifikationsprozess kritisch-konstruktiv zu begleiten, das Vertrauen in die Verfassung und die Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses zu stärken sowie den rund 90 Teilnehmern eine Plattform zu bieten, um an der öffentlichen Debatte um die Zukunft Europas teilzuhaben und sich einzubringen.

Prof. Dr. Klaus Hänsch MdEP nahm eine umfassende Analyse der aktuellen europapolitischen Lage vor. Mit Blick auf den Ratifikationsprozess der Europäischen Verfassung plädierte er für mehr Transparenz und bessere Information der Bürger. Nur, wenn die Bürger den europäischen Integrationsprozess mittragen würden, könne das Projekt „Europa“ zum Erfolg geführt werden. Die Ratifizierung der Verfassung müsse sichergestellt werden, damit die EU nicht in eine Krise gerate. Ein Europa der „verschiedenen Geschwindigkeiten“ lehnte der Referent ab.

Zugleich sollte fünf Monate nach der Erweiterung und nach den Wahlen zum Europäischen Parlament eine Zwischenbilanz gezogen werden. Im Rahmen der Podiumsdiskussion mit Dr. Renate Sommer MdEP, Gabriele Sikora MdL, der polnischen Generalkonsulin Sobotka und dem zypriotischen Honorarkonsul Vassiliou standen erste Erfahrungen der Beitrittsländer und der EU im Mittelpunkt.

4.2.8 Die Europäische Union -jetzt in besserer Verfassung?, 09.10.2004, Prüm

Vor der beeindruckenden Kulisse von rund 170 Teilnehmern zeigte Elmar Brok MdEP die Entwicklung zum Europäischen Verfassungsvertrag auf. Dieser sei zwar nicht optimal aber dennoch wesentlich besser als das bisher Vorhandene und müsse deshalb von den zustimmungsbereiten Staaten so schnell wie möglich ratifiziert werden, um dadurch auf noch zögernde Staaten Druck zur Ratifizierung und positiven Zustimmung auszuüben. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Staatssekretär Dr. Klär zeigte auf, dass Zentralismus stets Nährboden für kriegerische Entwicklungen gewesen sei, wobei die EU nicht auf Imperialherrschaft angelegt sei sondern auf friedliches Zusammenleben. Dr. Klär erläuterte Regionalisierungsprozesse in verschiedenen Unionsstaaten und kam zu der Feststellung, dass die Kosten für die EU akzeptabel sind vor dem Hintergrund dessen, was sie bewirkt.

Im Anschluss zeigte der luxemburgische Minister für Arbeit und Beschäftigung, Francois Biltgen, die Entwicklung des sozialen Gedankens vom Römischen Vertrag bis zur Verfassung auf und wies dabei nach, wie das soziale Europa schrittweise entstanden ist. Nachdrücklich vertrat Biltgen die Auffassung, dass bei der Verfassung zumindest kein sozialpolitischer Rückschritt zu verzeichnen sei.

4.2.9 Europäisches Wirtschaftsforum, 20.10.2004, Wittenberg

Auf Initiative der Europa-Union fand das 1. Europäische Wirtschaftsforum in der Lutherstadt Wittenberg statt. Zu Gast waren Botschaftsräte aus Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Estland sowie zahlreiche Vertreter der lokalen Wirtschaft.

Die Vertreter der Botschaften trugen in einem Forum den anwesenden Unternehmen, den Vertretern der Europa-Union, der Banken sowie Wirtschaftsexperten ihre Statements vor. Dabei äußerten sie den Wunsch, deutsche Firmen sollten noch mehr als bisher in den neuen EU-Mitgliedstaaten investieren, und gaben Hinweise für die direkte Kontaktaufnahme zu Unternehmen in ihren Ländern.

Um die Nachhaltigkeit der Veranstaltung und die weitere Hilfestellung bei der Kontaktknüpfung für interessierte Firmen zu gewährleisten, wird ein örtlicher Bildungsträger Anlaufstelle und Kontaktbüro sein. Mit der Absicht, im Jahr 2005 auch am 2. Europäischen Wirtschaftsforum in Wittenberg teilzunehmen, verabschiedeten sich die Vertreter der fünf Botschaften sowie die rund 50 Teilnehmer.

4.2.10 Lernfeld Europa - Bildungspolitische Fachtagung der Europa-Union; 22./23.10.2004, Königswinter

Im Vorfeld des Bundeskongresses 2004 der Europa-Union fand eine Fachtagung zum Thema „Lernfeld Europa - Politische Bildung in neuer Verfassung?“ statt. Nach vielen Jahren der Enthaltensamkeit auf dem Feld der Beschäftigung mit europäischer Bildung hatte die Europa-Union zur Reflektion über die Herausforderungen an die politische Bildung, die sich aus dem unterzeichneten Verfassungsentwurf ergeben, eingeladen. Mit mehr als 60 Teilnehmern der Landeszentralen für politischen Bildung, der Stiftungen, der Europäischen Akademien, der Lehrerfortbildung wie der Europa-Union konnten nicht alle Anmeldungen Berücksichtigung finden.

Die Vizepräsidentin der Europa-Union, Ulla Kalbfleisch-Kottsieper, fasste am zweiten Tag die Arbeitsergebnisse einer sehr intensiven und zugleich fruchtbaren Fachtagung zusammen. Bereits auf dem Bundeskongress am 24./25.10.2004 fanden Bericht und Ergebnisse Eingang in die Beratung über den Entwurf für die neuen EU-Bildungsprogramme. Zugleich etablierte sich die zuvor berufene Arbeitsgruppe „Kultur“, die ihre Arbeit auf der Grundlage der Ergebnisse beider Veranstaltungen im Dezember 2004 aufgenommen hat.

4.2.11 Zentrales Europapolitisches Forum: Europa in neuer Verfassung - 50. Bundeskongress; 24./25.10.2004, Bonn

Es war eine symbolische Geste, den Jubiläumskongress in dem Ort abzuhalten, in welchem jahrzehntelang die Geschicke der Europa-Union gelenkt und die wesentliche Arbeit für den Bundesverband geleistet wurde. Der „Geist von Bonn“ inspirierte die 200 Teilnehmer zu einer anspruchsvollen, arbeits- und erfolgreichen Tagung mit wegweisenden politischen Diskussionen.

Die Referenten lieferten wichtige Impulse für eine intensive und konstruktiv geführte Debatte zu einem „Europa in neuer Verfassung“. Mit Persönlichkeiten und Experten aus Politik und Wissenschaft wurden in drei Arbeitskreisen aktuelle Fragen und künftige Herausforderungen erörtert und entsprechende Politikkonzepte entwickelt. Die Ergebnisse der inhaltlichen Diskussion fanden ihren Niederschlag in Positionspapieren und Sachbeschlüssen, die davon zeugen, dass die Europa-Union den europäischen Einigungsprozess als Vordenker, Mahner und konstruktiver Kritiker, als Mittler zwischen Politik und Bürgern und als Anwalt der Bürgerinteressen auch künftig engagiert begleiten und mitgestalten wird. (Kongressbeschlüsse im Wortlaut unter www.europa-union.de)

4.2.12 Schülerworkshop: Die Erweiterung der EU - neue Mitglieder in Mitteleuropa, 1./2.11.2004, Neumünster

In einem eineinhalbtägigen Seminar führten Hans-Meinert Redlin, Dezernent im Bildungsministerium und Joachim Brunkhorst, Landesschulbeauftragter der Europa-Union zunächst in das Thema EU-Erweiterung ein. Christoph Siebert von der GLC Glücksburg Consulting Group stellte konkrete Joint Ventures in den baltischen Staaten vor. Im weiteren Verlauf erarbeiteten sich die 50 teilnehmenden Schülerinnen und Schüler in Arbeitsgruppen Hintergrundwissen zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Erweiterung, die sie sich gegenseitig im Plenum vorstellten.

Am zweiten Tag warb der Leiter des Ostseejugendbüros John Goss dafür, im Rahmen von EU-Austauschprogrammen Erfahrungen im europäischen Ausland zu sammeln. Höhepunkt des Seminars war eine Diskussion mit dem polnischen Generalkonsul in Hamburg, Andrzej Kremer. Auch er warb

intensiv für den Dialog und das persönliche Kennen lernen. Vorbehalte und Vorurteile könnten insbesondere durch den persönlichen Kontakt überwunden werden.

4.2.13 Jahrestreffen des Netzwerkes Eurocapitales, 26.-28.11.2004, Stuttgart

Das Netzwerk EUROCAPITALES, das in den 90er Jahren auf Initiative der Europäischen Bewegung Frankreichs gegründet wurde, hat sich zum Ziel gesetzt, die offiziellen Kontakte zwischen den verschiedenen europäischen Bewegungen und den ihnen angeschlossenen Organisationen durch persönliche Begegnungen zwischen den Mitgliedern zu ergänzen und den Gedankenaustausch über europäische Fragen zu fördern. Zum Jahrestreffen 2004 waren die Mitglieder der Europa-Union Baden-Württemberg und des Landeskomitees der Europäischen Bewegung eingeladen.

Herr Prof. Dr. Bosch, Geschäftsführer des Europahauses in Stuttgart und des Europa Zentrums Baden-Württemberg eröffnete die Konferenz und betonte, dass Stuttgart froh sei, diese Konferenz als 3. europäische Stadt nach Paris und Helsinki ausrichten zu können. Er begrüßte die rund 90 Teilnehmenden aus insgesamt 12 Staaten. Zum ersten Mal stand das internationale Treffen nicht mehr unter einem Motto (Helsinki: Umwelt, Paris: Innere Sicherheit). Stattdessen wurden vier europäische Themen – Verfassung, Erweiterung, Europa der Regionen, Zukunft der Städte in Europa – in vier Arbeitsgruppen behandelt.

4.2.14 Wo liegen die Grenzen Europas?, 01.12.2004, Kiel

Nach Eröffnung durch Landtagspräsident Heinz-Werner Arens unterstrich Botschafter a.D. Dr. von Kyaw die Rolle der EU als Stabilitätsanker für ganz Europa. Die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der EU sei ein wichtiger Stabilitätsfaktor. Dies gelte auch für die Staaten zwischen der EU und Russland. Sinnvoll sei ein Prozess der ständigen Annäherung ohne bereits konkrete Zusagen zu machen. Denn die EU würde sich durch ständige Erweiterungen ohne eine innere Reform u. a. des Agrarhaushaltes und der Entscheidungsstrukturen in eine Handlungsunfähigkeit manövrieren. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei könnten hierfür ein Katalysator sein.

Hingegen sah Klaus-Dieter Frankenberger (FAZ) die Gefahr, dass sich die EU mit der Türkei die brisante geopolitische Lage des Nahen Osten ins Haus holt. Eine stärkere Heterogenität und eine Erosion der Solidarität innerhalb der EU sei zu befürchten, da zu wenig kulturelle Kompatibilität zu den übrigen EU-Staaten vorhanden sei. Die Akzeptanz für Europa würde nachlassen.

Die Abgeordnete Dr. Gabriele Kötschau richtete den Blick auf die neuen Nachbarn im Osten. Kulturell betrachtet hält sie den größten Teil Russlands für europäisch. „Wo wir die Grenzen Europas ziehen liegt bei uns in unsren Köpfen.“ Der Vizepräsident der Europa-Union, Ernst Johansson warf einen juristischen Blick auf die Grenzen Europas. In der Europäischen Verfassung hieße es dazu: „Die Union steht allen europäischen Staaten offen, die ihre Werte achten und sich verpflichten, Ihnen gemeinsam Geltung zu verschaffen.“ Europäische Staaten im Sinne der Verfassung seien diejenigen, die im Europarat vertreten sind.

4.2.15 Europas kulturelle Identität. Zwischen Globalisierung und Lokalisierung, 02.12.2004, Halle

Vor 35 Zuhörern trug der Kommunikations- und Kulturwissenschaftler Reinhold Viehoff sich abzeichnende Aspekte einer zukünftigen kulturellen Identität des Neuen Europa vor, die er aus der Geschichte der europäischen Integration entwickelte. Europa ist älter als jeder europäische Nationalstaat. Auch wenn die Grenzen Europas immer fließend waren und immer wieder neu bestimmt wurden in einer Dialektik interner Spaltungen und äußerer Abgrenzungen, so gibt es doch kulturelle Gemeinsamkeiten, die über alle Differenzen hinweg so etwas wie eine kulturelle Identität Europas ausmachen. In der Diskussion wurde die zentrale These des Vortrags intensiv und durchaus kontrovers diskutiert. Aus der Diskussion ergab sich das Vorhaben einer weiteren Veranstaltung zu Perspektiven der kulturellen Entwicklung Europas vor dem Hintergrund europäischer Geschichte.

4.2.16 Salon Europa: 25 EU-Staaten, 24 Hürden... Der schwere Weg zur Europäischen Verfassung. Präsentation der europaweiten JA-Kampagne zur Ratifizierung der EU-Verfassung, 20.12.2004, Berlin

Bereits im November 2004 hat die Internationale Europäische Bewegung in Brüssel die europaweite JA-Kampagne zur Ratifizierung der EU-Verfassung vorgestellt, die offiziell am 19. Januar 2005 gestartet wird. In Deutschland wird das Netzwerk Europäische Bewegung die JA-Kampagne in enger Kooperation mit der Europa-Union Deutschland und der JEF steuern und mit nationalen Aktivitäten abstimmen.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung ihrer Reihe Salon Europa hat die Europa-Union nun erstmalig in Berlin die Ja-Kampagne präsentiert: In den Räumen der Heinz-Schwarzkopf-Stiftung erläuterten der Koordinator der Kampagne, Marko Bucik, Internationale Europäische Bewegung (Büro Brüssel) sowie Nicolás Enríquez González, Europäische Bewegung (Büro Madrid) ihre Konzepte, um mit Hilfe dieser einzigen europaweiten Kampagne den schweren Weg zur Europäischen Verfassung meistern zu können. Zentrale Kommunikationsplattform der JA-Kampagne: <http://www.yes-campaign.net>

4.2.17 Zusammenwachsen in einem größeren Europa, 26./27.04.2005, Kiel

„Zusammenwachsen in einem größeren Europa“ war das Motto einer zweitägigen Fachtagung für die 25 Europaschulen in Schleswig-Holstein. 95 Schulleiter, Lehrkräfte, Eltern und Schüler beschäftigten sich mit drei Themenblöcken: „Fit für den Arbeitsplatz Europa“, „Interkulturelle Pädagogik“ und „Know your neighbours“. Frau Lakotta-Just (Europaschulen e. V.) stellte das Bundesnetzwerk der Europaschulen vor. Dr. Jutta Illichmann (BMBF) referierte über die Chancen für den Lehrlings- und Praktikantenaustausch während Dr. Köster-Bunselmeyer (Bildungsministerium SH) den Fremdsprachengebrauch als Sachfach im Kontext eines Mehrsprachigkeitskonzeptes vorstellte. Sandra Weidemann (Ostseejugendbüro / JEF) leitete ein Schülerplanspiel.

4.2.18 Zentrales Europapolitisches Forum, 07.05.2005, Ludwigshafen

Besonderer Gast dieses Europapolitischen Forums war Dr. Helmut Kohl. Im Verlauf der Diskussion verwies der Altkanzler auf die wichtigen Schritte, die Europa bereits in diesem Jahrzehnt gegangen sei: „Die geglückte Einführung der gemeinsamen Währung und die Überwindung der Teilung Europas durch die erfolgreiche Erweiterung zeigen die Zukunftsfähigkeit der europäischen Idee.“

Das nächste Ziel sei die politische Union, besonders in der Außenpolitik. „Europa muss in der Welt mit einer Stimme sprechen, um seine Interessen erfolgreich zu vertreten,“ so Kohl. Der Ehrenbürger Europas warnte dabei vor einer fatalistischen Sichtweise auf den schwierigen Prozess der Verfassungsabstimmungen: „Der Verfassungsvertrag ist ein sehr wichtiger Schritt auf dem Weg zur politischen Union. Ich bin sicher, unser Europa hat Zukunft, auch wenn es jetzt hier oder da Probleme bei der Abstimmung über die Verfassung geben sollte.“

4.2.19 Quo vadis, Europa? Europas Verfassung vor der nächsten Erweiterungsrunde, 17.06.2005, Tübingen

Eine sehr positive Teilnehmerresonanz fand das Tagesseminar, das sich einerseits mit den Beitrittskandidaten-Ländern und zum anderen mit der Situation der Europäischen Union nach den negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden befasste. Als einen großen Vorteil dieses rund achtstündigen Seminars wertete der Geschäftsführer des Europa-Zentrums in Stuttgart, Prof. Dr. Michael Bosch, die Tatsache, dass die Referenten aus den jeweiligen Ländern kämen und somit die „Situation vor Ort“ richtig einschätzen könnten. Im ersten Vortrag stellte Boryana Krasteva die historische und geografische Lage Bulgariens im Blick auf einen Beitritt 2007 oder 2008 dar. Gabrielle Toth, Juristin aus Rumänien, zeigte die Stärken und Schwächen ihres Landes bei der Implementierung des Europa-Rechts auf, das eine Beachtung der Rechte der Minderheiten fordere. In der Diskussion über einen Beitritt der Türkei, zu dem Arslan Kiran referiert hatte, kam es zu einer kontroversen Debatte.

4.2.20 Die Britische Ratspräsidentschaft und die Zukunft Europas, 13.09.2005, Berlin

Bereits in seiner Begrüßung der mehr als 250 Gäste in der Britischen Botschaft riss der Berliner Landesvorsitzende der Europa-Union Gerd Wartenberg die Themen an, die für die Monate der britischen Präsidentschaft im Vordergrund stehen. Im Besonderen sprach er die Frage der zukünftigen Finanzierung einer erweiterten EU und die Situation nach den gescheiterten Verfassungsreferenden an. Eingehend auf die konkreten Vorhaben der Ratspräsidentschaft unterstrich der britische Botschafter in Deutschland, S.E. Sir Peter Torry, dass im Oktober mit einem informellen Gipfel die politische Diskussion der Regierungschefs über die Zukunft Europas im Mittelpunkt stünde, bevor man im November und Dezember das Thema Finanzen angehe, zu dem bereits hinter den Kulissen die Vorgespräche liefen.

In der anschließenden Publikumsdiskussion wurden sehr unterschiedliche Fragen, wie die nach Abbau von Bürokratie, nach zukünftigen Erweiterungen oder nach Möglichkeiten der Vertiefung und Erweiterung der Eurozone gestellt. Der Feststellung des Botschafters, dass die EU mit den Ergebnissen von Nizza auch die Herausforderungen der Erweiterung meistere, stieß auf den Widerspruch des Berliner Landesvorsitzenden. Gerd Wartenberg machte deutlich, dass dies aus Sicht der Europa-Union kritisch gesehen werde, da erst die Verfassung Europa stärkere demokratische Strukturen verleihe und so die Handlungsfähigkeit der EU fördere.

4.2.21 Die EU in guter Verfassung?, 24.09.2005, Geilenkirchen

Auf der eintägigen Veranstaltung sprachen Elmar Brok MdEP, Präsident der Europa Union Deutschland, Martin Schulz MdEP, Vorsitzender des Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament sowie Michael Breuer, Europaminister des Landes NRW.

Elmar Brok ging zunächst auf die aktuellen Probleme der EU ein, insbesondere auf die Ursachen der momentanen Krise nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in den Niederlanden und Frankreich. Er plädierte in seinem Vortrag für mehr Transparenz. Der EU-Bürger müsse zukünftig besser informiert werden. Wenn die Prozedur der Ratifizierung der Verfassung scheitert, werde die gesamte EU in Schiffflage geraten. Ein Europa der zwei oder drei Geschwindigkeiten lehnte er kategorisch ab.

Martin Schulz äußerte vor allem die Hoffnung, dass die EU die Problematik der hohen Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen wird. Soziale Sicherheit sei wichtig für den Bürger, erst dadurch kann sich eine starke Akzeptanz der Bürger für eine weitere Entwicklung der EU entwickeln.

4.2.22 Komm mit nach Europa- Regionalkonferenzen

4.2.22.1 29.09.2005, Europas Zukunft ist die Jugend, Kleinmaischeid

Kleinmaischeid – eine kleine Ortsgemeinde im Westerwald und doch seit der EU-Erweiterung im Jahr 2004 als aktueller geographischer Mittelpunkt der Europäischen Union in deren Zentrum gerückt – war optimaler Standort für die Auftaktveranstaltung einer Reihe von Regionalkonferenzen, die der Bundesverband unter dem Motto „Komm mit nach Europa – Gemeinsam gestalten wir die Zukunft“ veranstaltet.

Vor über 80 Teilnehmern stellte der Landesvorsitzende der Europa-Union Rheinland-Pfalz, Ernst-Ludwig Göpfert die Frage „Was nun Europa?!“ und lieferte den Zuhörern eine Beschreibung der aktuellen Situation der EU. „2005 wird als das Jahr der Krisen in die Geschichte der EU eingehen“, meinte Göpfert, versäumte in seiner kritischen Analyse der aktuellen Herausforderungen an die EU nicht, auch Lösungsansätze zu bieten und „Wege aus der Krise der EU“ aufzuzeigen. Die Diskussion war vor allem geprägt von zahlreichen Fragen zur Sprachenpolitik der EU und EU-Erweiterungspolitik.

Felix Schlosser, stellvertretender Landesvorsitzender der JEF Rheinland-Pfalz, referierte zum Thema „Bildung für Europa – Chancen und Möglichkeiten junger Menschen in der EU“. Ausführlich ging er dabei auf die Bildungsprogramme der EU ein und zeigte dabei auf, wie vielfältig das Angebot ist, sei es als Schüler, Student oder Auszubildender, an einem Austauschprogramm teilzunehmen. Im abschließenden Rundgespräch zeigte sich, dass für viele der Konferenzteilnehmer Europa eher weit weg in Brüssel stattfindet und daher viele Vorbehalte und Ängste existieren. Die Aufgabe der Europa-Union sei es, so einige Teilnehmer, sich für mehr Bürgernähe und Entbürokratisierung einzusetzen.

4.2.22.2 15.10.2005, Wirtschaftspolitik in der EU – Europa bleibt Herausforderung und Chance für den Mittelstand, Landau

In seiner Rede zum Thema „Die Brüsseler Bürokratie – Facetten eines Schlagwortes und seine Bedeutung für den Mittelstand“ räumte Rainer Wieland MdEP mit zahlreichen Vorurteilen gegenüber der EU auf und wies darauf hin, dass Bürokratie auch notwendig, ja sogar hilfreich für einen fairen und gleichberechtigten Handel sei. Als positives Beispiel nannte er die Deutsche-Industrie-Norm (DIN) die für viele Länder beispielhaft war und mit ein Garant für den langjährigen Erfolg der Wirtschaft und des Exportes waren. Sicherlich seien viele Bestimmungen und Richtlinien der EU zu überdenken und teilweise auch unnötig, allerdings beklagte Wieland auch die „Sucht“ der Medien, eher über das negative, als über das positive an der EU zu berichten. Dies würde auch für Irritationen bei der Bevölkerung führen. Auch die Verantwortung nationaler und regionaler Politiker sei kritisch zu prüfen. Allzu oft würden Erfolge sich selbst und Misserfolge der EU zugeschrieben, obwohl die Realität anders aussähe. Nicht zu vergessen sei auch, dass die Mitgliedsstaaten an allen Entscheidungen beteiligt seien.

Durch die Anwesenheit zahlreicher Multiplikatoren und Vertreter der mittelständischen Wirtschaft hat die Veranstaltung einen wichtigen Beitrag für mehr Verständnis und Zustimmung für Europa geleistet. Nicht zuletzt lag dies daran, dass Missverständnisse und Vorurteile ausgeräumt werden konnten und zusätzlich nachhaltig auf das positive Wirken der EU und die mit ihr verbundenen Chancen für die Wirtschaft und den Mittelstand aber vor allem für die Bürger hingewiesen werden konnte. Eine rege Beteiligung den Diskussionen zeigte, dass nach wie vor ein Interesse an europapolitischen Fragen existiert.

4.2.22.3 22.10.2005, Die kommunalpolitische Dimension der Europäischen Union, Biersdorf am See (Bitburg)

In seinem Vortrag erinnerte Bernhard Kaster MdB an die europäische Zusammenarbeit vor Ort: deutsch-luxemburgische Kläranlagen oder gemeinsame Feuerwehren wie im benachbarten Landkreis Trier-Saarburg. Als Vertreter regionaler Interessen im Bundestag und Mitglied im Unterausschuss für Fragen der EU berichtete er vom Weg kommunaler Wünsche von Trier über Berlin nach Brüssel, als Beispiele für kommunale Aspekte der EU-Politik. 60 Prozent aller Verordnungen, die derzeit auf den Schreibtischen kommunaler Beamter landen und umgesetzt werden wollen, habe die EU gemacht.

Im Rundgespräch „Europa gemeinsam gestalten“ wurde deutlich, dass die Bürger Ängste haben vor einer allzu rasanten Erweiterung der EU und vor eventuellen Nachteilen, die sich aus weiteren Erweiterungen möglicherweise ergäben. Wichtig sei nun, die Bürgerinnen und Bürger wieder mit zu nehmen. Als überparteiliche NGO könne die Europa-Union einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, indem sie einen basisorientierten Kurs fahre und nah am Bürger bleibe.

Erfolgreich war die Veranstaltung vor allem weil zahlreiche Konferenzteilnehmer aus der kommunalpolitischen Praxis kamen. In der Diskussion kam das Eingeständnis mehrerer Bürgermeister zum Ausdruck, Europa unterschätzt zu haben. Die Europa-Union könne künftig mehr auch die Rolle einer Beraterin kommunaler Instanzen darstellen, war der Wunsch zahlreicher kommunalpolitischer Praktiker.

4.2.23 Europäisches Wirtschaftsforum, 12.10.2005, Wittenberg

Der Einladung zur 2. Auflage des Europäischen Wirtschaftsforums waren Vertreter der Botschaften der Länder Polen, Ungarn, Tschechien, Estland, Slowakei, Slowenien, Lettland und der Schweiz sowie ca. 30 Unternehmer aus Polen und Tschechien gefolgt sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Stadt Wittenberg und des Landes Sachsen-Anhalt.

Zahlreiche deutsche und ausländische Unternehmen sowie die Botschaftsvertreter nutzten die Möglichkeit, mit einem Präsentationstand ihre Dienstleistungen und Produkte vorzustellen. Die offizielle Eröffnung mit ca. 150 Teilnehmern erfolgte mit der Begrüßung durch Herrn Fisser von der Sparkasse und dem Landesvorsitzenden der Europa-Union Sachsen-Anhalt, Herrn Steffen Schüller. Die Sichtweise des Ministeriums für Wirtschaft zu internationalen Kooperationen stellte der Referent für Außenwirtschaft, Herr Uwe Höpfner, dar. Die Nachhaltigkeit des 2. Europäischen Wirtschaftsforums verdeutlichte Herr Ulrich Mertes vom Bildungszentrum Schloß Kropstädt, mit

dessen Kontakt- und Betreuungsbüros für europäische Wirtschaftsbeziehungen bereits seine Arbeit aufgenommen hat. Herr Bode, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH stellte in einem kurzen Vortrag die Stärken und Besonderheiten der Region Wittenberg den Gästen vor.

4.2.24 Zentrales Europapolitisches Forum, 05.11.2005, Bielefeld

Zentrale Forderung der rund 80 Teilnehmer der Veranstaltung war eine bessere Kommunikation für Europa in Deutschland. Elmar Brok MdEP, Präsident der Europa-Union erklärte, er erwarte einen Stilwechsel in der deutschen Europapolitik nach der Regierungsbildung: "Deutschland wird sich wieder auf seine Rolle als Impulsgeber für die Integration der EU besinnen und mehr Sensibilität für die Interessen der kleinen Länder aufbringen müssen."

Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, beobachtet die Entwicklung mit "hoffnungsvoller Sorge": "Vor allem die wirtschaftlichen Probleme hemmen derzeit die Akzeptanz für das europäische Projekt."

Axel Schäfer MdB, berichtete aus den Koalitionsverhandlungen, dass in den wesentlichen Punkten der Europapolitik Einigkeit zwischen den zukünftigen Regierungsparteien bestehe: "Sowohl in der Frage der EU-Finzen, als auch im Festhalten am Verfassungsentwurf konnte schnell Einigkeit erzielt werden." Dissens gebe es in der Frage des Türkei-Beitritts.

4.3 Parlamentarisches Forum Europäische Verfassung

4.3.1 Die Rolle der nationalen Parlamente im europäischen Verfassungsprozess, 26.05.2004, Berlin

Die fünfte Sitzung in der laufenden Legislaturperiode beschäftigte sich mit der Einbeziehung der nationalen Parlamente und insbesondere des Deutschen Bundestag in den EU-Entscheidungsprozess. Mit über 50 Teilnehmern war der Europasaal gut gefüllt.

Einleitende Referate hielten Wolfgang Gerhards, Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen und stv. Konventsmitglied sowie Andreas Maurer, Stiftung Wissenschaft und Politik. Wolfgang Gerhards wandte sich gegen die Annahme, nationale Parlamente könnten das Legitimationsdefizit der EU ausgleichen. Vielmehr sollten sie die Regierung in europäischen Fragen wirksam kontrollieren. Was die Unterrichtung durch die Bundesregierung betrifft, gebe es aus Sicht des Bundesrates jedoch kaum Verbesserungsbedarf. Die Stärkung der Rolle nationaler Parlamente im Verfassungsentwurf sei daher willkommen, würde jedoch am gegenwärtigen Arbeitsprozess nur wenig ändern.

Andreas Maurer wies dagegen auf die Grenzen der Unterrichtungspflichten im Verfassungsentwurf hin. Wichtige Entscheidungen würden zudem bereits im Vorfeld getroffen. Als Reaktion sollte der Bundestag frühzeitiger und intensiver in der europäischen Politik präsent sein. Dies verlange auch, Europapolitik stärker in die Arbeit der Fachausschüsse zu integrieren.

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Rolle des Bundestages sowie die interne Organisation der europapolitischen Zuständigkeiten. So plädierten Melanie Piepenschneider, Anna Lührmann und Peter Altmaier dafür, den Bundestag als Organ mit Ansprüchen nicht zu überlasten. Politische Konflikte sollten entlang der Fraktionen bearbeitet werden. Michael Roth, Thomas Silberhorn, Christoph Thum und Sven Hölscheidt erörterten Möglichkeiten, die europapolitische Arbeit des Bundestages effektiver zu machen. Ein Ziel dabei, so Lutz Hager, sollte auch sein, die Vermittlungswirkung von Bundestagsabgeordneten in Europafragen zu erhöhen.

4.3.2 Die Rolle der Bürgerinnen und Bürger im Ratifizierungsprozess, 28.06.2004, Berlin

Die sechste Sitzung in der laufenden Legislaturperiode beschäftigte sich mit der Rolle der Bürgerinnen und Bürger im anstehenden Ratifizierungsprozess. Im Mittelpunkt stand die Diskussion um Volksabstimmungen als ein Mittel, die aktive Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Verfassung zu gewinnen. Die Veranstaltung hatte etwa 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Einleitende Referate hielten Bruno Kaufmann, Leiter des Initiative and Referendum Institute, Amsterdam und Hans-Dieter Klingemann, Professor für Politische Wissenschaft an der FU-Berlin. Bruno Kaufmann stellte die wachsende Bedeutung von Referenden für den europäischen Integrationsprozess dar. Dies habe positive Auswirkungen: die Beteiligung liege im Mittel deutlich

höher als bei den Europawahlen und ein Informationszuwachs bei den Bürgerinnen und Bürgern sei feststellbar. Aus diesen Gründen würden die angekündigten Referenden in 10 Ländern einen positiven Beitrag zur europäischen Integration leisten.

Hans-Dieter Klingemann sah Referenden als eine Möglichkeit an, das Legitimationsdefizit der EU zu reduzieren. Gegenwärtig gründe sich die öffentliche Zustimmung zur europäischen Integration auf der Leistungsbilanz der EU. Dies müsse jedoch von einer affektiven Zustimmung zur EU als demokratische Wertegemeinschaft ergänzt werden.

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Erfolgsbedingungen von Referenden und insbesondere einer Volksabstimmung in Deutschland. Axel Schäfer forderte eine zweite Begründungsphase des Integrationsprozesses, die über ein Referendum angestoßen werden sollte. Michael Roth wies darauf hin, dass dies jedoch auch eine stärkere Stellung des Bundestages erfordere, der nicht auf Kosten eines Referendums entwertet werden solle. Hildegard Klär forderte ein verstärktes Augenmerk auf politische Bildung als Bedingung erfolgreicher Bürgerbeteiligung.

4.3.3 Ist die Europäische Union bereit für den Beitritt der Türkei?, 20.10.2004, Berlin

Die siebte Sitzung in der laufenden Legislaturperiode beschäftigte sich mit der Frage der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Im Mittelpunkt stand die Diskussion über die Frage, ob die Türkei bereit ist, Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union aufzunehmen. Die Veranstaltung wurde von circa 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht.

Das einleitende Referat hielt Prof. Dr. Faruk Şen, Leiter der Stiftung Zentrum für Türkeistudien. Prof. Dr. Faruk Şen wies darauf hin, dass für die Türkei in ihrer heutigen Form, als säkularer und demokratischer Staat in einem unsicheren geopolitischen Umfeld, der Weg nach Europa auf lange Sicht alternativlos sei. Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU befinden sich momentan in einer ausgesprochen wichtigen Phase ihrer rund 40-jährigen Geschichte, die 1963 mit dem Assoziierungsabkommen begann.

Im Beitrag von Prof. Dr. Şen wurde auch deutlich, dass bei der Frage nach dem EU-Beitritt der Türkei eben nicht nur die Reformfähigkeit des Beitrittskandidaten, sondern auch die Erneuerung der EU-Strukturen angesprochen werden muss.

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich neben der Frage, ob die Türkei auf Beitrittsverhandlungen schon ausreichend vorbereitet ist, auf die Befürchtung, ein Beitritt eines so großen Landes könnte die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union überfordern. Auch wurden Bedenken geäußert, dass der Beitritt der Türkei dazu führen würde, dass die EU zu einer reinen Freihandelszone werde. Jedoch wurde auch in Beträgen auf die großen Chancen hingewiesen, die ein Beitritt bedeuten könnte.

4.3.4 Finanzverhandlungen 2007 – 2013, 01.12.2004, Berlin

Die achte Sitzung des Parlamentarischen Forums Europäische Verfassung traf sich im Dezember zum Thema „Finanzverhandlungen 2007 – 2013“ im Europa Saal des Deutschen Bundestages. Die erweiterte EU steht vor einer erneuten Bewährungsprobe: Nach der Unterzeichnung der Verfassung für Europa durch die Staats- und Regierungschefs ist die finanzielle Vorausschau das nächste große Verhandlungsprojekt. Gerade die Parallelität der „Agenda 2007“ und des Ratifizierungsprozesses der Verfassung wirft die Frage nach möglichen Wechselwirkungen auf. Auch die Reform des Stabilitätspaktes wird davon nicht unbehelligt bleiben.

Dr. Carsten Pillath, Leiter der Unterabteilung „Finanzielle Grundsatzfragen der Europapolitik“ im Bundesministerium der Finanzen, war als vehementer Verfechter der deutschen Position in den europäischen Verhandlungen eingeladen. Vor den 40 Gästen erläuterte er die Verhandlungspositionen der Deutschen Bundesregierung und die Schwierigkeiten zwischen den unterschiedlichen Interessen der Nettozahler- und der Nettoempfänger-Länder zu vermitteln.

Am 14. Juli 2004 legte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den Finanzrahmen vor. Dort wird eine deutliche Ausweitung der EU-Mittel vorgesehen und steht somit der Forderung einer Begrenzung des Mittelanstiegs entgegen. Die Nettozahler fordern eine Stabilisierung der Ausgaben auf einem Niveau von nicht mehr als 1,0 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE). Der Vorschlag der Kommission sieht allerdings eine Erhöhung der Eigenmittel auf 1,14 Prozent vor (Eine Differenz von 113,6 Mrd. Euro). Die anschließende Diskussion unter der Moderation von Peter

Altmeier, MdB (CDU), zeigte, dass dies komplexe Thema nicht nur von Detailwissen geprägt wird, sondern durch eine Vielzahl anderer Faktoren, wie den Zielen der Lissabon-Strategie oder der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, beeinflusst wird. Gerade die verhärteten Positionen lassen die Konsensbildung in den Verhandlungen offen erscheinen.

4.3.5 *Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Von Tampere zum Haager-Programm: Wie viel Raum bleibt der Freiheit wirklich?, 15.06.2005, Berlin*

Die neunte Sitzung in der laufenden Legislaturperiode beschäftigte sich mit der Frage: „Wie viel Raum bleibt der Freiheit wirklich? Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts - Von Tampere zum Haager-Programm“ Die Veranstaltung fand ca. 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Einleitende Referate hielten Peter Schaar, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und Dr. jur. Helmut Pollähne von der Universität Bremen.

Vor dem Hintergrund der Diskussion vor dem Bundesverfassungsgericht über den europäischen Haftbefehl, der die Bedeutung der europäischen Innen- und Justizpolitik aufgezeigt hat, entspann sich eine lebhafte Aussprache. In welche Richtung entwickelt sich der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Recht? Wie ist es um rechtliche Mindeststandards zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger bestellt? Hat das Voranschreiten der EU in der Innen- und Justizpolitik wirklich zu einem Mehr an Sicherheit geführt, wenn ja, auf Kosten der Freiheit?

4.4 Bildungsprogramm in Kooperation mit der Bosch Stiftung: In Europa für Europa

Ein Kooperationsprojekt der Europa-Union Deutschland mit dem Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung, gefördert durch Mittel der Europäischen Union im Rahmen der Projektzusammenarbeit Europa-Union Deutschland und CIFE.

Mit der Erweiterung der Europäischen Union eröffnen sich jungen Menschen in Deutschland und den beigetretenen Mitgliedsländern zahlreiche neue Perspektiven aktiver gesellschaftspolitischer Beteiligung. Nachwuchskräfte in den alten und neuen Mitgliedstaaten stehen vor der Herausforderung, sich Wissen über die neuen Partnerländer in West-, Mittel- und Osteuropa anzueignen und kompetent in der zunehmenden Interkulturalität der Europäischen Union zu kommunizieren und zu handeln.

Nachwuchs für das erweiterte Europa: Das Bewusstsein hierfür zu wecken und nachhaltige Beteiligung junger Menschen aus Mittel- und Osteuropa zu fördern, ist Ziel des neuen partnerschaftlichen Programm „In Europa für Europa. Junge Menschen gestalten gemeinsam(e) Demokratie“ der Europa-Union Deutschland mit dem Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung. Das Programm will Nachwuchskräfte aus Mittel- und Osteuropa mit ausgeprägtem Bewusstsein für Nachhaltigkeit, demokratische Prinzipien und Interkulturalität darin unterstützen, als Multiplikatoren für europäische Ideen zu wirken. Ausgewählte Aktive aus den Verbänden der Europa-Union Deutschland, aus den Reihen der Jungen Europäischen Föderalisten und der mittel- und osteuropäischen Stipendiaten des Theodor-Heuss-Kollegs der Robert Bosch Stiftung sollen darin unterstützt werden, Laufbahnen in verantwortlichen Positionen in der europäischen Zivilgesellschaft zu übernehmen und in der Zukunft Europapolitik mitgestalten.

Praktika, Fortbildungen und Netzwerke: Die Teilnehmer des Programms erhalten flexible individuelle Förderung und Qualifizierung, die sie auf die Anforderungen in Führungspositionen in internationalen Arbeitsfeldern vorbereiten. Im Rahmen von Praktika und durch Fortbildungen werden sie früh in die Arbeitspraxis europäischer Einrichtungen im Ausland oder in ihren Heimatländern eingeführt. Einblicke in Verwaltungsstrukturen, Rahmenbedingungen politischer Entscheidungsprozesse und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme stehen dabei im Vordergrund. Die Stipendiaten lernen Netzwerke und Entscheidungsträger kennen und sind selbst Teil eines Netzwerks für verantwortungsvollen Nachwuchs aus Mittel- und Osteuropa. Erworbene Kompetenzen und Einblicke geben die Programmteilnehmer in eigenverantwortlich durchgeführten Projekten an junge Menschen in ihren Ländern weiter.

Veranstaltungen, Fortbildungen, Stipendienprogramm/Trainee-Einsätze:

4.4.1 *"Berufseinstieg Europa, ich komme" Fortbildung zu europäischen Berufszielen und Bewerbungen, 15.-21.11.2004, Berlin*

Mit der Erweiterung der EU entwickelt sich auch der europäische Arbeitsmarkt in EU-Institutionen, Nichtregierungsorganisationen, Interessenverbänden und nationalen Vertretungen. Anforderungen verändern sich und für junge Nachwuchskräfte ist es wichtig, frühzeitig und realistisch die eigene Laufbahn zu überdenken und zu planen.

Im Rahmen einer einwöchigen Fortbildung wurde daher Theodor–Heuss-Kollegiaten und Mitgliedern der Jungen Europäischen Föderalisten aus Deutschland und Mittel- und Osteuropa die Gelegenheit gegeben das persönliche Berufsprofil sowie Interessen und Kompetenzen zu überdenken, um frühzeitig eine flexible Strategie für die eigene Ausbildungs- und Berufsbiographie auf dem Arbeitsmarkt "Europa" zu entwickeln. In praktischen Übungen und unter Anleitung professioneller Referenten wurden bewerbungsspezifische Situationen – sei es Vorstellungsgespräch oder Assessment Center – simuliert und auf Video aufgenommen. Erfahrene Personaler und Fachkräfte aus internationalen Organisationen und europäischen Institutionen werteten die Gespräche im Dialog aus. Auch formelle Bewerbungsmodalitäten wurden nicht außer Acht gelassen. Die Fortbildung lebte von den Erfahrungen der TeilnehmerInnen und der aktiven Beteiligung. Eine ausführliche Dokumentation ist zu finden unter www.europa-union.de.

4.4.2 *"Europa als Berufung - Wer gestaltet die erweiterte EU?", 26.11.2004, Berlin*

700 km liegen zwischen Berlin und Brüssel, doch das Zentrum der Europäischen Union schien am 26. November 2004 kurzzeitig in die deutsche Hauptstadt verlagert worden zu sein. Die Tagung zu der über 100 Teilnehmer aus Brüssel, Deutschland und Mittel- und Osteuropa anreisten, bildete den Auftakt für das gemeinsame Stipendienprogramm „In Europa für Europa“ des Theodor-Heuss-Kollegs der Robert Bosch Stiftung und der Europa-Union Deutschland.

Die Generation der Entscheidungsträger in der europäischen Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie junge Nachwuchskräfte, Studierende und ehrenamtlich Engagierte diskutierten die Frage, welche Kompetenzen Akteure in Europa mitbringen sollten, um die europäische Integration nachhaltig zu gestalten. Die unterschiedlichen Hintergründe der Teilnehmer waren eine große Bereicherung für die Debatte: Vertreten waren u.a. Lobbyorganisationen, Staatsministerien, das Auswärtigen Amt, europabezogene Studiengänge, wie das College of Europe in Brügge und Natolin sowie Vertreter zahlreicher Verbände und Nichtregierungsorganisationen aus dem In- und Ausland.

Ein Höhepunkt der Tagung war der erste öffentliche Auftritt des neuen EU-Kommissars für Bildung, Kultur und Sprachenvielfalt, Ján Figel, in Deutschland. In seiner Rede bekräftigte er die Bedeutung des Bildungsbereichs für die Entwicklung der europäischen Integration. „Europa braucht hochqualifizierte Menschen, die in der Lage sind, in einem einzigartigen multikulturellen Umfeld zu arbeiten.“

4.4.3 *"Europa direkt. Wissen – Kompetenz – Engagement." Fortbildung zur Methodenentwicklung in der Europäischen Bildungsarbeit, 11.-17.12.2004, München*

Mit der Erweiterung der Europäischen Union im Mai 2004 hat ein neues Zeitalter der europäischen Zusammenarbeit begonnen. Die Möglichkeiten zum eigenen Engagement auf politischer und gesellschaftlicher Ebene haben sich sprunghaft vergrößert und sind gerade über Grenzen hinweg leichter zugänglich geworden. Aber kennen und nutzen junge Menschen diese neue Situation? Sehen sie, dass große politische Veränderungen wie die Europäische Integration auch Chancen für das eigene Leben bieten?

Ziel des Qualifizierungsseminars „Europa direkt. Wissen – Kompetenz – Engagement“ war es daher, junge Seminarleiter/innen aus Deutschland und Mittel- und Osteuropa dazu zu befähigen, selbständig Europaseminare zu konzipieren, den Europagedanken in ihren Heimatländern weiter zu tragen und andere zum gesellschaftlichen Engagement für ein junges Europa zu motivieren. Hierzu ist ein fundiertes, aktuelles Fachwissen über Europa sowie die Kenntnis jugendgerechter, ganzheitlicher Methoden zur Vermittlung der komplexen Sachverhalte der EU unerlässlich. Anhand ausgewählter inhaltlicher Schwerpunkte - die EU-Verfassung und die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union – wurden diese umfassenden Kompetenzen während des Seminars trainiert. Hierzu wurden die Teilnehmenden vom C-A-P auf der politikwissenschaftlichen Ebene in die Materie eingeführt, um dann

in Gruppenarbeit ihr Wissen zu vertiefen und für die eigenen Bildungskontexte aufzuarbeiten. Anschließend traten sie in direkten Kontakt mit Experten.

4.4.4 Trainee Einsätze

Die Zukunft Europas liegt in der Hand der jungen Generation. Damit diese das zukünftige Europa aktiv mitgestalten kann, müssen Akteure von Morgen schon heute Verantwortungsbewusstsein, Kreativität und Praxisnähe demonstrieren. Mit dem Programm „In Europa für Europa“ unterstützt die Europa-Union in Kooperation mit der Robert-Bosch Stiftung engagierte junge Menschen aus Deutschland und Mittel- und Osteuropa darin, berufliche Laufbahnen in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung in und für Europa gezielt anzugehen und dabei wichtige praktische und inhaltliche Kompetenzen zu erlernen. Das Programm eröffnet den Teilnehmern - über ihr ehrenamtliches Engagement in Politik und Zivilgesellschaft hinaus - neue Perspektiven: Europa zum Bestandteil ihrer beruflichen Lebensplanung zu machen.

Für die Programmjahre 2004 und 2005 wurden je fünfzehn Aktive zwischen 21 und 26 Jahren aus den Reihen der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) und aus dem Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung ausgewählt. Durch Fortbildung, Praxiserfahrung in Trainee-Einsätzen und im Projektmanagement sowie durch Kontakte mit europäischen Netzwerken bereiten sie sich auf ihren Berufseinstieg vor.

4.5 Europa-Informationen & Publikationen

4.5.1 *Verfassung für Europa - Der Taschenkommentar für Bürgerinnen und Bürger*

Der Taschenkommentar der Europa-Union mit einem Geleitwort ihres Präsidenten, dem Europaparlamentarier und ehemaligen Konventsmitglied Elmar Brok, beschreibt die Inhalte der Verfassung und liefert einen kritischen Kommentar. Was man als Bürgerin oder Bürger über das "Grundgesetz"; und die "Spielregeln" der EU wissen sollte, um Europa zu verstehen, erläutern die Autorinnen und Autoren in auch für Nicht-Juristen verständlicher Sprache, pointiert und meinungsstark.

4.5.2 *Verfassung für Europa - Der Taschenkommentar für Bürgerinnen und Bürger, 2. Auflage*

Im Rahmen der Fortführung der Arbeit der Europa-Union Deutschland hat eine Gruppe aus 25 Fachautoren der Jungen Europäischen Föderalisten unter der Leitung von Carsten Berg und Georg Kristian Kampfer die Arbeit an der Verfassung für Europa aus politologischer, juristischer und journalistischer Sicht begleitet und analysiert. Die daraus entstandene 2. Auflage des Taschenkommentars enthält den Verfassungstext und liefert dazu einen kritischen Kommentar..

Bürgerinnen und Bürger bekommen anschaulich die Möglichkeiten und Chancen erklärt, die der Verfassungsvertrag bietet. Der Kommentar erteilt kompetent Auskunft über die zukünftigen Rechte als EU-Bürger. Er umfasst neben der Grundrechtecharta die Teile I, II und IV mit dem Artikel zur Ratifizierung und zum Inkrafttreten der Verfassung.

4.6 Internetnetzwerk

4.6.1 www.europa-union.de

Als wichtiges Instrumentarium für die europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Europa-Union wurde die Internet-Präsenz des Verbandes im Jahr 2004 weiter ausgebaut und verbessert mit dem Ziel,

- die Öffentlichkeitswirkung des Verbandes als europäische Bürgerinitiative zu erhöhen,
- neue Zielgruppen zu erschließen,
- interaktive Möglichkeiten der Information und Kommunikation anzubieten und

- den Zugang zum gesamteuropäischen Kontext zu erleichtern.

Verbunden mit einer Steigerung des Bekanntheitsgrades und einem Imagegewinn für die Europa-Union ist ein höherer Stellenwert als wesentlicher Bestandteil der pro-europäischen Kräfte der Zivilgesellschaft in Deutschland.

Im Rahmen dieses Aufbaus eines Netzes von Internetkorrespondenten arbeiteten Europa-Union und Europäische Bewegung konzeptionell, technisch und inhaltlich zusammen. Die hierfür notwendige Umstellung auf das Content Management System TYPO3 sowie der Einsatz der Systeme confixx und majordomo sowie des Programms groupmail verlangte die Schulung von Mitarbeitern.

4.6.2 www.europatermine.de

europatermine.de ist derzeit der europäische Veranstaltungskalender für Berlin und Brandenburg. Die Benutzer informieren sich über eine Terminliste auf der Website und können einen Newsletter abonnieren, in dem zwei Mal im Monat die aktuellen Veranstaltungen aufgeführt sind. Seit Beginn des Projektes erfreut sich der Newsletter wachsender Beliebtheit. Über 1000 Abonnenten aus Politik, Wissenschaft und Kultur, außerdem viele Studenten und Schüler nutzen den Service. Sie halten sich mit seiner Hilfe auf dem Laufenden, welche europarelevanten Veranstaltungen in Berlin und Brandenburg stattfinden. Mit Unterstützung der Europa-Union wird der Service seit Sommer 2005 ausgebaut und in Zukunft über Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet informieren.

Die Website und das Abonnement des Newsletters werden nach Bundesländern / Regionen (durch eine Auswahl aus einer Deutschlandkarte) strukturiert. Um die größere Anzahl von Terminen für den Benutzer leichter zugänglich zu machen, wird es eine Such- und Sortierfunktion geben. Wie bisher wird ein Newsletter abonnierbar sein, der allerdings nun sowohl in ein- als auch zwei-wöchentlichen Abständen empfangen werden kann. Ein Serviceteam übernimmt die redaktionelle Arbeit und betreut Nutzer und Terminanbieter. Die Seite wird erstmalig am 18.01.2006 online sein.

4.6.3 www.wahlen-europa.de (Wahlprüfsteine)

Im Bundestagswahlkampf spielte die europäische Komponente eine eher marginale Rolle. Dies steht in drastischem Gegensatz zur tatsächlichen Bedeutung der Einbindung des deutschen Bundestags in den europäischen Politikprozess. Um dieser gesteigerten Relevanz Europas Rechnung zu tragen, hat die Europa-Union Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl sowie die derzeit im Parlament vertretenen Parteien auf ihre europapolitischen Standpunkte hin beleuchtet.

Aus den Antworten auf die 12 Fragen, die zunächst an die jeweils ersten drei Landeslistenvertreter/innen der Parteien SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Linkspartei.PDS gestellt wurden, ergab sich ein umfassendes europapolitisches Bild des neuen Bundestags. Detaillierte Informationen zu den Positionen der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten finden Sie unter www.wahlen-europa.de.

4.6.4 www.verfassung-europa.de (Verfassungskommentar)

Dies ist die Homepage zum ersten deutschen Taschenkommentar zur Europäischen Verfassung, siehe 4.5.2. Der von der Europa-Union herausgegebene Taschenkommentar ist im April 2004 in erster Auflage im W. Bertelsmann Verlag erschienen und leider vergriffen. Seit August 2005 ist die 2. aktualisierte und erweiterte Auflage auf dem Markt und wird unter anderem über diese Webseite vertrieben. Hier können sich Bürger umfassend über den Kommentar informieren, sie erfahren wer hinter dem Buch steht und können sich einen ersten Überblick über den Verfassungstext verschaffen.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Politik > Publikationen